

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk. für einen Monat 5.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf. Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4500. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauhaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13003. — Verlag in Leipzig,  
Tauhaer Straße 10/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelleite ober deren Raum 1.90 Mk. bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk. Restame-Kolonelleite 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkankalten entgegen.

## Keine Stimme geht verloren! Keine Stimme darf fehlen!

### Der optimistische Reichswehrminister

#### Die blütenweiße Reichswehr.

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt veröffentlicht eine Unterredung seines Chefredakteurs Theodor Wolff mit dem Reichswehrminister Dr. Gehler, in der der Reichswehrminister erklärte: Der Gedanke eines Putsches, mag er von rechts oder links kommen, wird in der Reichswehr allseitig abgelehnt. (?) Das Mißtrauen, das aus den Tagen des Kapp-Putsches her noch an manchen Stellen zwischen Truppen und Bevölkerung, so in Schlesien, besteht, wird, hoffe ich, allmählich verschwinden. In Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen ist die Lage zur Zeit so, daß die Rechten einen Linken und die Linken einen Rechtsputsch befürchten. Beide Parteien rüsten sich zur Abwehr eines von der andern Seite möglicherweise ausgehenden Angriffes. In dieser gespannten Lage kommt alles darauf an, die Ruhe zu bewahren und zu verhindern, daß an irgendeiner Stelle der Funke in das Pulverfaß geworfen wird. Sollte es zu Unruhen kommen, so ist es Sache der Polizei und der Sicherheitspolizei, bezw. der Länder, ihrer Herr zu werden. Reichen deren Kräfte nicht aus, so wird die Regierung der einzelnen Länder die Reichswehr zur Hilfe rufen. Erst dann wird diese als Machtmittel der Regierung eingesetzt werden. Der Reichswehrminister betonte sich über die wirtschaftlichen Mängel der Truppen und über die Schwierigkeiten, die durch die Verminderung des Heeres gemäß des Friedensvertrages notwendig werde.

Er sprach dann sein Bedauern über den Fall Paasche aus und erklärte, daß alle Offiziere, nicht nur die seiner näheren Umgebung, sondern auch die sonstigen, mit ihm eines Sinnes darüber seien, daß die Lösung dieses Mannes auf die Schärfe zu verurteilen sei und daß der bellagenerische Fall nur dazu beiträgt, die schwere Lage der Wehrmacht auf neue zu erschüttern und neues Mißtrauen da zu säen, wo sich ein erster Anlauf zur Beseitigung der Gegensätze gebildet hatte.

Ueber den Fall Kausch erklärte der Reichswehrminister, daß er die Forderung der Schrift, die Kausch verläßt habe, verwirre, daß sie aber andererseits durch die Art und Weise ihrer Einwirkung und infolge verschiedener Meinungen und Auffassungen nicht dazu angeht, unter seiner Verantwortung unter die Reichswehr verteilt zu werden.

Zur Frage der Stellung des Herrn Staatssekretärs Stöck erklärte der Reichswehrminister, er sei der Auffassung, daß die Aufgabe als Staatssekretär ihm eine der arbeitsreichsten und verantwortungsvollsten Stellen zuzuwende, die augenblicklich im Reichswehrministerium zu vergeben seien.

Diesen Beschönigungs- und Vertuschungsversuchen gegenüber, die lebhaft an die Versicherungen Kossels am Vortage und des Kapp-Putsches erinnern, eine Putschgefahr sei ausgeschlossen, die Truppe sei fest in seiner Hand, sei auf den Fall Kausch verwiesen. Der Vorwärts meldete am Dienstag:

Genosse Bernhard Kausch, Zivilreferent im Reichswehrministerium, ist auf eigenen Wunsch von seinem Posten zurückgetreten. Zur Begründung seines Rücktritts hat er ein längeres Schreiben an den parlamentarischen Staatssekretär Stöck gerichtet, in dem er auf die sich innerhalb der Reichswehr immer mehr ausbreitende Reaktion hinweist, wofür er als Sozialdemokrat nicht länger die Mitverantwortlichkeit tragen könne. Er sagt u. a.: „Es ist heute schlimmer als je zuvor. Gewiß gibt es in der Truppe und namentlich im Reichswehrministerium eine ganze Anzahl einflussvoller loyal denkender Offiziere. Aus zahlreichen Einzelerscheinungen bin ich zu der Erkenntnis gelangt, daß verfassungstreue republikanische Elemente nun erst recht in bewährter oder unbewährter Solidarität aus der Reichswehr entfernt werden und daß demgegenüber die Zentralkräfte so gut wie machtlos sind. Den Leuten, die zu mir kommen, muß ich immer wieder sagen, daß ich ihnen wenig helfen kann. Noch jetzt, 6 Wochen nach dem Kapp-Putsch, werden die wegen ihrer verfassungstreuem Haltung schikanierten und geschädigten Unteroffiziere und Mannschaften innerhalb des Ministeriums von einer Stelle zur andern geschickt, weil der von uns gewünschte Ausschluß zur Bearbeitung ihrer Angelegenheiten bis heute noch nicht eingetroffen ist. Immer noch werden diese Fälle in der Regel von den Stellen in der Truppe erledigt, gegen die sich die Klagen und Beschwerden richten. Das erzeugt, bei den verfassungstreuen zuverlässigen Elementen ein Gefühl der Erbitterung und des Verlassenseins, das für den Geist der Reichswehr von den verhängnisvollsten Folgen sein muß. Sie selbst, Herr Staatssekretär, sind, abgesehen von dem Ihnen zugewiesenen engen Arbeitsgebiet, innerhalb des Ministeriums von einer Ihrer Stellung unwürdigen Einfluß- und Bedeutungslosigkeit. Bei der Umorganisation des Ministeriums hat man Sie nicht beteiligt und Ihre Vorschläge übergegangen. Der sich aus den Verhältnissen natürlich ergebende Plan, dem parlamentarischen Staatssekretär als einer politischen Stelle das Aufklarungs-, Presse- und Fürsorgewesen zu übertragen, ist gänzlich unter den Tisch gefallen. So geht es nicht weiter. Die Reichswehr, namentlich ihre Offizierskorps, ist durch die reaktionäre Presse und die deutschnationale Truppenagitation maßlos verhetzt. Wenn

die Dinge so weiterlaufen, dann ist die Reichswehr in kurzer Zeit eine deutschnationale Prätorianergarde. Anständigheit und Vertrauen werden als Angst und Schwäche ausgelegt. Die außerordentliche Zeit erfordert außerordentliche Mittel, namentlich auch Sicherungen dagegen, daß die Masse der Unteroffiziere und Mannschaften in einer falschen Anwendung des Disziplinbegriffes gänzlich schutzlos in ihrer ganzen Existenz jenen Elementen ausgeliefert bleiben, die der bestehenden Ordnung ablehnend oder feindselig gegenüberstehen, und die in ihren Händen liegende Macht oft genug zum Nachteil der Republik mißbrauchen. Trotz des Bedenkens, daß mein Rücktritt eine weitere Schwächung unserer ohnehin schwachen Position bedeutet, glaube ich doch, daß ein klares Aussprechen dessen, was ist, und eine reinliche Scheidung in der gegenwärtigen Situation der Sache am förderlichsten sind.“

So der Rechtssozialist Kausch, der alles bekräftigt, was wir auf Grund unserer Beobachtungen längst gesagt haben. Nach Herrn Gehler aber ist alles in schönster Ordnung! Der Reichswehrminister entwickelt sich immer mehr zum Ueber-Kossel.

### Die Putschgefahr in Ostpreußen.

Büdingersberg, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wenn auch infolge der geheimen Arbeit und Mitarbeit der amtlichen Stellen der Umfang der konterrevolutionären Organisation nicht zu übersehen ist, so überestimmend sind doch alle Nachrichten darüber. Niemand leugnet das Vorhandensein großer Waffenlager, gewaltiger Munitionssammlungen, die bewaffneten Einwohnerwehren und ihre großen Waffendepots. Die reaktionären Treiber des Wehrkreiskommandos, seiner politischen und seiner sogenannten wirtschaftlichen Abteilungen, selbst die Möglichkeit und die mehrfach festgestellte Tatsache des Einschleppens entlassener Freikorpsangehöriger, der Einschmuggelung von Waffen und der Verteilung der Ballkammer und entlassenen Reichswehrangehörigen auf den Gütern wird nicht geleugnet. Während des Kapp-Putsches haben besonders im Wehrkreiskommando und unter den Großgrundbesitzern zielbewusste Bestrebungen bestanden, die eine Loslösung Ostpreußens vom Reich, eine Selbständigmachung zum Ziele hatten. Nur durch die unallmähliche wirtschaftliche Situation ist dieser Streich der Junker und Generale damals verhindert worden. Aber unsere Parteiliste standen nicht recht an ein selbständiges Vorgehen der ostpreussischen Gegenrevolutionäre, sondern sind fest davon überzeugt, daß auch die hier bestehende Organisation der Konterrevolutionäre im engsten Zusammenhange mit all diesen Bestrebungen im Reich arbeiten und halten die Arbeitererschaft in Unruhbereitschaft. Der Polizeipräsident Lübbing hat mit der Organisation seiner Sicherheitspolizei dem Plan der Reaktionäre vorzuzukommen versucht. Dringend notwendig ist deshalb die sofortige Reorganisation der Offiziere des Wehrkreiskommandos, die sich alle im Kapp-Putsch zur „neuen Regierung“ bekannt haben und die sofortige Auflösung der noch immer bewaffneten und in Aktion befindlichen Einwohnerwehre. Der Oberpräsident balanciert zwischen Rechts- und Linkenputsch, hält beide für möglich, aber zur Zeit nicht für gefährlich. Schon bei dem Regierungspräsidenten steht dann die Gewalt der Reaktion ein. Hier kommt man nur noch einen Kommunistenputsch, an den in Wahrheit in ganz Ostpreußen kein Mensch mehr glaubt.

### Bergwöhnte Truppenbewegungen.

#### Putschbefürchtungen und Dementi.

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt meldet gestern abend über Zusammenkünfte von reaktionären Truppen in der Umgegend von Erkner, Fängelschule, Fürstenuwalde und in Potsdam. Süddeutsche und besonders bayrische aufgelöste Freikorps sollten sich dort zusammengefunden haben, um am Sonntag unter Führung des Prinzen August Wilhelm von Hohenzollern eine Aktion gegen alle Sozialisten und bekannte Antisozialisten Persönlichkeiten einzuleiten. Die Regierung veröffentlicht heute ein Dementi zu diesen Mitteilungen des Berliner Tageblattes, in dem sie die Angaben bestritt.

Der Berichterstatter des Berliner Tageblattes erklärt nunmehr, daß er sich wahrscheinlich um eine Mystifikation handelt. Selbstverständlich seien aber die Feldübungen des in Fürstenuwalde liegenden 9. Reiterregiments als putschrische Bewegungen aufgefaßt worden. Die ganze Angelegenheit ist höchst unklar!

Ob das Dementi der Regierung voll beweiskräftig ist? Sie stützt sich doch wohl auf Nachrichten aus militärischer Quelle!

### Und es nützt doch!

Die Denktugen und Beschränkungen, die die Verknüpfung ihrer persönlichen Angelegenheiten und Interessen mit den großen Zusammenhängen des politischen Lebens nicht begreifen sind in diesen Tagen der Entscheidung wieder einmal eifrig am Werke, ihre säuerliche Weisheit zu verbreiten: es nützt doch nichts! Das Wälen nämlich, meinen sie. Es wird ja doch nicht anders, nicht besser. Ja, es ist nach der letzten Wahl sogar noch schlechter geworden, obgleich wir eine Revolution gehabt haben, obgleich eine sozialistische Regierung ins Amt getreten ist. So dient die Tatsache, daß die Rechtssozialisten keine sozialistische Politik getrieben haben und sich in die Koalitionspolitik einwickeln ließen, den Wahlsaulen als weiteres Argument für ihre schädliche Flaumcherei.

Wehr denn je ist es heute nötig, diesen Miesmachern und Schädlingen entgegenzutreten. Mehr als je hängt heute von jeder einzelnen Stimme ab. Und wenn wir unabhängigen Sozialdemokraten auch nicht des Überglaubens leben, daß durch das Parlament alles und das Letzte erreicht werden könnte, was das arbeitende Volk zu fordern und durchzusetzen hat, so vergessen wir darüber doch nicht, daß die Macht im Parlament eine erhebliche Stärkung in allen weiteren Kämpfen bedeutet, daß der Wahlsieg des Proletariats am 6. Juni einen gewaltigen Ruck nach vorwärts zum Ziele bedeuten wird. Den matten Seelen aber, die, weil die Revolution noch nicht alle Blütenräume hat reifen lassen, weil eine Partei, der schon während des Krieges das sozialistische Gewissen verloren ging, in der Regierung versagt hat, nun die politische Finte überhaupt ins Korn werfen wollen, muß gesagt werden, daß es kluglich ist, um einiger Enttäuschungen willen tatenlos zu verzeffeln. Es ist feig, beiseite zu stehen in entscheidenden Kämpfen. Es ist dumm, die Leiden der Zeit, die aus dem verbrecherischen Kriege entspringen, deswegen der Revolution aufzubürden, weil sie nach der Revolution aufzuteilen. Und es ist ebenso dumm und ungerecht dazu, für das Versagen einer Partei eine andre, für das Versagen der Rechtssozialisten die unabhängige Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, die gerade die Opposition gegen dieses Versagen der Rechtssozialisten darstellt.

Die Wahlsaulheit kann sich freilich heute auch billig mit einem revolutionären Mantel drapieren. Zwar haben die Kommunisten zu einem großen Teile endlich eingesehen, daß ihre Parole der Wahlfesthaltung, die sie im Januar 1919 bei den Wahlen zur Nationalversammlung ausgaben, ein schwerer Fehler gewesen ist. Sie rufen diesmal ihre Anhänger an die Wahlsurne. Aber ein anderer Teil bleibt, unbehelligbar durch die Erfahrungen von mehr als einem Jahr, störrisch beiseite stehen und hält an der verbotenen Einbildung fest, daß der Sache des Proletariats durch Enthaltung vom Wahlkampf, durch Boykottierung des Reichstags genügt werde. Dieser Verzicht auf die Ausnützung der mannigfaltigsten Möglichkeiten, die politischen Geschicke mit zu formen und zu bestimmen, ist so tödlich, daß die große Masse des arbeitenden Volkes, der Hand- wie der Kopfarbeiter, sie rundweg ablehnt. Nur ein kleines Häuflein wird sich um diese traurige Fahne scharen. Aber diese Wenigen können unter Umständen schon den Sieg des Proletariats verhindern.

Denn mehr als je kommt es bei diesen Wahlen an jede Stimme an. Nicht nur, weil das Bürgertum, wohl wissend, um was es geht, seine letzten Streitkräfte auf die Beine bringt und namentlich die Frauen, denen es bis zur Revolution keinerlei politischen Rechte gegönnt hat, nun als Sturmtrupp für die Kapitalinteressen zu formieren sucht. Sondern vor allen Dingen auch schon des Wahlsystems wegen, das jede Stimme zur Geltung kommen läßt. Es geht bei diesem System kein Votum verloren. Auf je 60 000 Wähler entfällt ein Abgeordneter, und was in einem Wahlkreis den Parteien an überschüssigen Stimmen bleibt, auf die kein Mandat mehr entfallen könnte, das wird mit den Stimmresten der im Wahlkreisverband zusammengeschlossenen Wahlkreise zusammengeschäft und ergibt für je 60 000 Stimmen wiederum Mandate. Und was dann noch an Stimmresten der einzelnen Parteien verbleibt, das wird für die Reichswahlliste zusammengerechnet, die wiederum für je 60 000 Stimmen einen Abgeordneten bekommt. So erhält jede Stimme ihren vollen Wert. Alle früheren Störungen des alten Reichstagswahlsystems, die Ungleichheit der Wahlkreise, der völlige Ausfall großer Winderheiten, die fälligen Stimmwahlen sind jetzt durch das Verhältniswahlrecht und durch das neue System der

Wahlkreiseverträge und der Reichswahlliste befreit. Jed-  
Stimme hat ihr volles Gewicht und eben deshalb darf au-  
eine Stimme fehlen. An wenigen Stimmen, ja  
unter Umständen an einer einzigen Stimme kann  
eine bedeutsame Entscheidung hängen. Das  
Wahlresultat im Reichstag zeigt, daß die Reaktion  
mit geringer Mehrheit gestiegen hat. Wären die vielen Wahl-  
faulen nicht gewesen und jene nicht, die aus doktrinä-  
Verbohrtheit der Wahlurne fernblieben, die Sache des Pro-  
letariats wäre obenauf geblieben, die Mehrheit der Un-  
abhängigen Sozialdemokratie bestünde noch.

Falsch denn je ist heute der mütterliche Jammerruf,  
daß das Wählen doch nichts nütze. Ohnmächtig war der alte  
Reichstag des kaiserlichen Deutschlands. Nur unter vielem  
Rehzen und Stöhnen, nur unter Herausgabe gewaltiger  
Arbeitsenergie ließ er sich für die Sache des arbeitenden  
Volkes nutzbar machen. Nur sehr mühsam übertrugen sich  
die parlamentarischen Vorstöße in jener Zeit auf die Re-  
gierungsmechanik. Heute aber ist der Reichstag der Sou-  
verän, der wirkliche Herrscher im Reich. Kein Wort eines  
Königsträgers kann die Kraft seiner Beschlüsse aufheben.  
Er besteuert die Regierung und kann sie jederzeit stürzen.  
Die Stimme, die am 6. Juni abgegeben wird, bestimmt mit,  
wie die deutsche Republik in der nächsten Zeit, vielleicht in  
langen vier Jahren regiert und verwaltet wird.  
Deshalb ist die Wichtigkeit, die Bedeutung und die  
Bedeutung des Wahlaktes gegen früher erheblich ge-  
steigert. Das arbeitende Volk hat es jetzt in der Hand,  
durch die Wahl die politische Macht zu er-  
obern. Und wenn damit auch noch nicht gesagt ist, daß  
die Bourgeoisie eine solche Entscheidung ergeben kann  
und anerkennen würde, wenn auch nicht ausgeprochen ist,  
daß die Gegenrevolutionäre durch einen Appell an die Ge-  
walt, durch einen Putsch die Entscheidung des Volkes zu-  
nichte zu machen versuchen ihre Position wäre in so fern  
Dolde durch die Entscheidung des Volkes gewaltig ge-  
schwächt, die des Proletariats um ebensoviel gestärkt.

Das alles weiß das Bürgerium, wissen Unternehmer und  
Großgrundbesitzer, und deshalb wissen sie Millionen in den  
Wahlkreisen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspar-  
teie, der Demokraten, um eine sozialistische Mehrheit im  
ersten Reichstag der deutschen Republik zu verhindern. Sie  
wissen, daß es um ihre Geldsäcke geht, daß das fürcht-  
bare Elend, das sie durch den Weltkrieg über das deutsche  
Volk gebracht haben, nur auf zwei Wegen beseitigt werden  
kann: entweder durch den Sozialismus, die all-  
mählich fortschreitende Sozialisierung der großen Industrien  
und des Großgrundbesitzes, wodurch die Tribute, die heute in  
die Taschen der Kapitalisten fließen, der Allgemeinheit  
zugeführt werden, oder durch eine Steigerung des  
Kapitalismus bis zu seinen grausamsten  
Konsequenzen, durch einen Wiederaufbau seines zu-  
sammengebrochenen Systems auf dem blutenden Rücken der  
Arbeiter, Angestellten und Beamten. Sie wissen, daß dem  
Kapitalismus nur gelassen werden kann durch eine Knebelung  
der Arbeiterklasse, wie sie selbst in den Zeiten des alten  
Militär- und Polizeistaates nicht erholt war. Lohn-  
kürzung, Streikverbot, Zehntunderttag,  
Ausschaffung der Arbeitslosenunterstützung,  
Rückwärtsrevidierung des Beamtengesetzes,  
völlige Auslieferung der Verbraucher an den  
ungehemmten Wucher der Länderte und Haus-  
besitzer durch Aufhebung der Zwangswirtschaft, das ist  
das Programm, das die kapitalistische Parteien durchführen  
müssen, wenn die kapitalistische Wirtschaft wieder auf ihre  
Füße gestellt werden soll. Um diese Entscheidung  
geht es, und deswegen versuchen die Parteien des Kapitalis-  
mus mit allen Mitteln den Reichstag zu ihrem Werkzeug  
für die Durchführung dieses ihres Programms zu machen,  
das sie vor den Wählern freilich, wenigstens vor den Ar-  
beiterwählern, sorgsam verbergen.

So wird der 6. Juni in Wahrheit ein Schicksalstag  
des deutschen Proletariats. Um Sozialismus oder Kapitalis-  
mus, um Republik oder Kaisertum wird gekämpft. Alles,  
was die Revolution uns gebracht hat, das Wahlrecht der  
Frauen, das Wahlrecht der Jüngeren, das Wahlrecht  
der Beamten, die Republik, alles steht auf dem Spiel. Eine  
bürgerliche Mehrheit bedeutet Rückwärtsrevidierung,  
Reaktion auf allen Gebieten. Wenn es noch viel, viel schlim-  
mer kommt, als es jetzt schon ist, wenn das Elend, das der  
Krieg und der Gewaltfrieden zu Versailles über uns ver-  
hängt haben, noch ins Unabsehbare gesteigert wird, wenn  
die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten  
herabgedrückt wird auf das absolut Unzureichende in einer  
Zeit schwerster drückendster Steuern und wahnsinnigster  
Preise, dann werden alle jene, die am Tage der Wahl ihre  
Pflicht nicht getan haben, die faul zu Hause blieben, als die  
Schuldigen dastehen vor sich und vor ihren Mitbürgern.  
Wenn die furchtbaren Lasten, die die Entente und der eigne  
Bankrott auf den Rücken des deutschen Volkes gelegt haben,  
von den Besitzenden auf die Schultern der Nichtbesitzenden,  
der Proletarier, der Hand- und Kopfarbeiter gewälzt  
werden, dann sollen diejenigen, die jetzt die traurige Frau-  
macherei: Es nützt ja doch nichts! betreiben, sich nicht über  
die Folgen ihrer Denkart beklagen.

Die Bourgeoisie bietet das letzte auf. Die Frauen  
des Bürgeriums werden mobil gemacht. Die Damen  
der guten Gesellschaft, die für die Profite ihrer Gatten, für  
die Privilegien ihrer Söhne und Töchter hängen,  
werden eifrig treppauf, treppab für ihre Sache, und werden  
ihre wirtschaftliche Macht benutzen, ihre Dienstmädchen und  
andere wirtschaftlich Abhängige als willfährige Opfer zur  
Abgabe eines Stimmzettels der bürgerlichen Parteien zur  
Wahlurne zu bringen. Frauen und Mädchen der Arbeiter-  
klasse, seid euch dieser Gefahr bewußt! Laßt euch nicht be-  
schämen von den Frauen der Bourgeoisie! Stellt ihrem  
Ansturm auf die Wahlurne das Massenaufgebot der weib-  
lichen Wähler des Proletariats entgegen. Ihr seid die  
Mehrheit, wenn ihr wollt, wenn ihr euer Recht  
gebraucht, eure Wahlpflicht erfüllt. Wenn ihr dafür sorgt,  
daß keine der euren hinter dem Ofen hoden bleibt, oder bei  
niedriger Zerstreuung ihre wichtigste Bürgerpflicht schände  
verräumt. Ihr seid die Mehrheit, ihr könnt eurer  
Klasse den Sieg erstreiten, wenn ihr eure Scharen  
zusammenrafft, wenn ihr die Launen und Gleichgültigen,  
wenn ihr alle die, die den ungeheuren Wert des Wahlrechts  
noch nicht begriffen haben, ausruft und dafür sorgt, daß  
die Parole der Jammerringe, das traurige: Es nützt ja doch  
nichts! keinen Widerhall in den proletarischen Frauen-  
herzen findet.

Dann wird sich zeigen, daß der Kampf nützt, daß das  
Wahlrecht eine Waffe ist, die, recht gebraucht, die Feinde  
des arbeitenden Volkes tödlich trifft. Sorgt dafür, Männer  
und Frauen, daß sie am 6. Juni wichtig auf die Köpfe

des arbeitenden Volkes tödlich trifft. Sorgt dafür, Männer  
dem verlogenen Worte: Es nützt ja doch nichts! das freudige,  
entschlossene Bekenntnis entgegensetzt: Und es nützt doch!

## Ein oberlinisches Ausnahmegesetz.

Wir haben gestern die Verordnung des Reichspräsidenten  
wiedergegeben, die sich gegen die Elemente richtet, die die Auflösung  
des Freikorps und anderer reaktionärer Truppenformationen ver-  
hindern wollen. Wie haben wir einen Zweifel darüber aufkommen  
lassen, daß die Auflösung dieser Formationen unter allen Um-  
ständen durchgesetzt werden muß, daß der Widerstand der reaktio-  
nären Elemente zu brechen ist. Wir haben aber auch gestern bereits  
hervorgehoben, daß zur Erreichung dieses Zweckes die beschriebenen  
Gesetze vollständig ausreichen. Besondere neuer Gesetze bedarf es  
dazu nicht. Entschieden müssen wir uns aber dagegen wenden, daß  
wieder ein neues Ausnahmegesetz geschaffen wird. Der Reichs-  
präsident hat kein Recht, gegen eine bestimmte Bevölkerungsklasse  
ein derartiges Ausnahmegesetz zu erlassen. Selbst bei der weit-  
hergeleiteten Auslegung des verhängten Artikels 48 der Verfassung  
kann man ihm das Recht nicht zusprechen, durch Verordnungen ein-  
zelnen Bevölkerungsklassen Strafbefugnisse anzubringen, und zu  
diesem Zwecke außerordentliche Gerichte einzusetzen. Mit demselben  
Recht könnte dann die Regierung auch gegen die Arbeiterbewegung  
mit denselben Mitteln vorgehen. Sie könnte beispielsweise auch  
gegen streikende Arbeiter Strafbefugnisse erlassen und Aus-  
nahmengerichte einsetzen. Gegen derartige Willkürakte des Präsi-  
denten muß deshalb schärfter Protest erhoben werden; auch dann,  
wenn sie sich gegen Freikorps und reaktionäre Truppen und Of-  
fiziere richten. Wenn die Regierung diese reaktionären Gebilde wirk-  
lich auflösen will, mag sie dafür sorgen, daß die Vereinar-  
stellungen, die nach dem Generalkrieg mit den Arbeiter- und Anzei-  
genorganisations getroffen worden sind, endlich durchgeführt  
werden. Sie mag dafür sorgen, daß die gegenrevolutionäre  
Kontingente endlich entwaffnet wird und aus den Kreisen der zuver-  
lässigen werftätigen Bevölkerung gebliebene Wehrorganisationen ge-  
schaffen werden. Nur durch diese Maßnahmen wird das Ziel er-  
reicht werden, nicht aber durch die Schaffung neuer Straf- und Aus-  
nahmegesetze, für die ohnehin keine gesetzliche Grundlage vor-  
handen ist.

## „Unglaubliche Zustände in der Reichswehr“

Von der Delegiertenversammlung des Republikanischen Mäher-  
bundes.

Auf der Tagung in Berlin gab die Reichswehr-Vereinigung den  
Vericht der Bundesleitung. Leider würden dem H. R. V.  
trotz aller Versprechungen von der Regierung an Stelle von Unter-  
stützung nur Schwierigkeiten bereitet. Seine Ziele, die Erweckung  
und Stärkung des republikanischen Gedankens in der Wehrmacht,  
sowie der Bund weder durch den gewissen Reichswehrminister  
Röhl, noch durch das augenblickliche Reichswehrministerium durch-  
setzen. Das systematische Hinandrängen der republikanisch ge-  
sinnten Führer und Mannschaften aus der Reichswehr hat der  
Republik und dem republikanischen Gedanken außerordentlich ge-  
schadet. Es hat die Arbeiterschaft davon abgehalten, in die Reichs-  
wehr einzutreten, und auch heute noch lehnen viele den Eintritt ab,  
weil sie sehen, daß an leitender Stelle der „alte Wille“ und die  
Energie fehlt, eine gründliche Reinigung der Wehrmacht von ver-  
trauensunwürdigen Elementen herbeizuführen. Das Reichswehr-  
ministerium ist trotz aller schönen Redensarten noch heute die Brut-  
stätte der Reaktion. Die Aufstellung der Brigade Döberst schlägt  
allen Erwartungen ins Gesicht. Was dort geschieht, geschieht völlig  
im Sinne der Reaktion.

Die Vertreter der verschiedenen Untergruppen ergänzen das  
Referat durch Mitteilungen über ungläubliche Zustände in den  
Formationen der Wehrmacht. Staatskommissar Dr. Weismann  
wird wissentlich falsch unterrichtet. Das augenblickliche Material der  
Nachrichtsstelle des Oberpräsidiums Berlin bringt hierfür Be-  
weise. Es wird darauf hingewiesen, daß auch in Verträgen an die  
Regierungsstellen von Plänen, Klärungen und Sammlungen des  
H. R. V. im Verein mit linksstehenden Parteien die Rede ist. Die  
Vertreter aller Landestteile erklären, daß derartige Vorfälle  
nirgends unbekannt sind.

Die Versammlung ist einig, daß bei erneuten Putschversuchen  
Exempel statuiert werden müssen, die für die Zukunft jede Gefahr  
eines Angriffs auf die Verfassung zunichte machen.

In einer Resolution wurde dem Reichswehrminister  
schärfste Mißbilligung ausgesprochen wegen seines Verlangens in der  
Verfolgung der am Putsch beteiligten Offiziere sowohl wie in  
der Bekämpfung der sich neu organisierenden Gegenrevolution, und  
gefordert, daß im Anschluß an den Putsch gesandene Versprechen  
auszuführen, daß eine rein republikanische Wehrmacht ausstellt und  
energische Vorbeugungsmaßnahmen gegenüber der Gegenrevolution  
ergriffen werden.

## Schwere Ausschreitungen der Freikorps.

Berlin, 3. Juni. (TU.) Wie dem Vorwärts aus Olden-  
burg gemeldet wird, liegen sich Chargierte des Freikorps Schulz  
schwere Ausschreitungen zuzulassen kommen. Sie „verhafteten“  
Hilfswesen, die sie auf dem Wege zum Wahllokal mißhandelten.  
Ein Zivilist wurde erschossen. Die sozialdemokratische Partei-  
organisation hat an den Reichswehrminister Dr. Gehler ein Pro-  
testtelegramm gerichtet und Schutz verlangt.

Magdeburg, 3. Juni. In Alteintrabow wurde durch ein  
Freikorps ein großer Holzkohle angezündet und eine Menge Strohpuppen,  
u. a. auch eine solche, die Scheidemann darstellte, verbrannt.

## Die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht

Das Wolffsche Bureau verbreitet die folgende Meldung, zu  
der es anscheinend von maßgebender amtlicher Stelle veranlaßt  
worden ist:

Die Tatsache, daß bisher noch kein Ausführungsgesetz zur  
Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland erlassen  
ist, hat in verschiedenen Kreisen zu Mißdeutungen Anlaß gegeben.  
Hierzu wird uns von unterrichteter Seite mitgeteilt:

Der Artikel 179 des Friedensvertrages bestimmt, daß die all-  
gemeine Wehrpflicht abzuschaffen ist. Die Nationalversammlung  
hat den Vertrag angenommen. Damit ist die Beseitigung der all-  
gemeinen Wehrpflicht rechtlich durchgeführt und sind die ihr ent-  
gegenstehenden Bestimmungen außer Kraft gesetzt.

Eines besonderen Ausführungsgesetzes bedarf es hierzu also  
nicht mehr. Das ist außerdem auch deswegen nicht nötig, weil  
durch die Reichsverfassung vom 11. 8. 19 die frühere Verfassung,  
in welcher die allgemeine Wehrpflicht festgelegt war, aufgehoben  
ist. Die alte Heer- und Wehrordnung kann aber nur als ein  
Ausführungsgesetz zur alten Verfassung angesehen werden. Zwei  
Bestimmungen beziehen sich nach Inkrafttreten der neuen Reichsver-  
fassung und dem vorläufigen Wehrgesetz de jure nicht mehr. Nur  
in Anbetracht dieser Tatsache konnten u. a. das Gesetz über die  
Bildung einer vorläufigen Reichswehr und Reichsmarine, ferner  
der Demobilisations- und Landsturmausführungsbefehl, sowie die

Verordnung über das Ausschleiden aus dem Verlaufsstande er-  
lassen werden.

Die Mitteilung enthält nur Selbstverständlichkeiten. Nach  
unserer Meinung dürfte es außerhalb der am Wiederaufbau des  
alten Militarismus interessierten militärischen Kreise über die  
tatsächliche Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht über-  
haupt keine Meinungsverschiedenheiten geben.

## Was Regierungsversprechen wert sind!

### Der weiße Schrecken im Ruhrgebiet!

Die Verhaftungen im Ruhrgebiet gehen trotz aller  
Erklärungen der Reichsregierung weiter, die außerordent-  
lichen Kriegogerichte arbeiten in demselben Geiste fort,  
wie bisher. Auffällig ist, daß die meisten der in den letzten Wochen  
verhafteten Arbeiterfunktionäre der USPD, SPD, usw. wie es scheint,  
wird man auf diese Weise die Wählerwahl der USPD im Ruhr-  
gebiet sabotieren. Die Unwahrheit der Behauptung der Haft-  
befehle liegt in den meisten Fällen klar auf der Hand. Die Rufe  
von Erschießungen auf der Flucht häufen sich. Kurz,  
der weiße Terror wütet nach wie vor. Die Reichsregierung  
trägt mit ihrer Regierung, den Ausnahmezustand und damit die  
Kriegsgerichte im Ruhrgebiet aufzuheben, die volle Schuld dafür!  
Wähler, seht dafür, daß die werblichste, bürgerlichste  
Kontingente der Regierung am 6. Juni zum Teufel ge-  
sagt wird!

## Manöver in Mecklenburg.

In den Wehlagern soll Güstrower Artillerie nach Westrow bei  
Rostock stationiert werden. Der angeordnete Zweck sollen Übungen  
in gemischten Verbänden (zusammen mit Reichswehr) und Schar-  
schützen sein. Dieser haben bei Westrow niemals Manöver statt-  
gefunden. Rostocks Arbeitererschaft ist in äußerster Unruhe über diese  
Maßnahme, die in Zusammenhang gebracht wird mit der Anwesen-  
heit Sellow-Borbeds in Mecklenburg und als Vorbereitung der  
Reaktion zu den Wahlen angesehen wird. Die Meldung ist um so  
bedeutender, als die in Westrow noch immer nicht aufgelassenen Trup-  
pen der verhafteten Division Rostock zünftig erklärt hatten, daß  
der 18. März nur ein Vorspiel gewesen sei, und in Kürze die ganze  
Front bis nach Essen aufgerollt werden soll.

## Auch die Sicherheitspolizei versichert ihre Verfassungstreue.

In einer Sitzung der Führer der Sicherheitspolizei Preußens  
im Ministerium des Innern hat Geh. Rat v. Friedhoff, der  
Chef der Sicherheitspolizei in Preußen, dem Minister Severing  
eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Die Sicherheitspolizei  
steht seit hinter der vom Volke eingesetzten verfassungsmäßigen  
Regierung. Jeder Putsch wird die Sicherheitspolizei rückhaltlos  
unterdrücken. Die Sicherheitspolizei ist sich ihrer großen Aufgabe  
bewußt und wird in den kommenden Wochen beweisen, daß sie dem  
Vertrauen der Regierung würdig ist.

## Ein offizieller Drakenspruch.

Wolffs Bureau bringt die folgende geheimnisvolle Meldung:  
Berlin, 2. Juni. Hier kursieren seit einiger Zeit Gerüchte über  
Verkäufe großer Mengen von Gewehren und militärischer Aus-  
rüstungsgegenständen. Die Regierung ist den Gerüchten eifrig  
nachgegangen, zumal die Namen höherer Ministerialbeamten hin-  
eingezogen wurden. Es ist jetzt gelungen, die verschlungenen Fäden  
zu entwicken. Sie führen auf ausländische Stellen zurück, die sich  
hier in großem Stille mit Schießgeräten zu befassen scheinen.  
Die Untersuchung hat u. a. zur vorübergehenden Festnahme des  
Konjunktursachverständigen Dr. G. geführt. Die verdächtigsten  
Ministerialbeamten, deren völlige Schuldlosigkeit festgestellt, haben  
Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die Untersuchung dar-  
über inwiefern im übrigen strafbare Handlungen vorliegen, dauert  
fort. Es ist zu hoffen, daß diesem Unwesen endgültig ein Ende  
bereitet wird.

Ämtliche Erklärungen zeichnen sich ja in der Regel nie durch  
besondere Klarheit aus. Die vorstehende ist aber an Unklarheit  
kaum zu überbieten. Wenn es gelungen ist, die „verschlungenen  
Fäden zu entwicken“, warum schenkt man dann der Öffentlichkeit  
nicht reinen Wein ein? Wer sind die ausländischen Stellen,  
die an den Schieberungen beteiligt sind? Und wer sind die Helfer  
in Deutschland, die das Kriegsmaterial geliefert haben? In-  
sichern handelt es sich um Schieberungen mit Heeresgut, das aus-  
ländischen Gegenrevolutionären zugeflossen worden ist. Offenbar  
haben wieder einmal deutsche Reaktionäre mit ausländischen  
Hand in Hand gearbeitet. Die angeführten Ministerialbeamten  
sind nach der offiziellen Darstellung nicht beteiligt. Schön! Welche  
deutschen Reaktionäre sind es dann, die ihre schmutzigen Hände im  
Spiele haben? Es handelt sich hier um Manipulationen, die die  
schlimmsten Folgen für das deutsche Volk haben können. Deshalb  
hat das Volk, und besonders die Arbeiterschaft, das allergrößte  
Interesse daran, daß es die reine ungeschminkte Wahrheit erfährt.  
Also heraus mit der Sprache. Was geht vor?

## Die Affäre Dehne - Borowsky.

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Der  
Genosse Dehne stellt in einer Erklärung in der Freiheit fest,  
daß er nicht verhaftet worden sei. Er hat von den Unter-  
redungen, die er mit dem Oberpräsidenten, dem Reichskom-  
missar und dem Polizeipräsidenten hatte, kein Wort veröffentlicht,  
zu dem er nicht die volle Zustimmung des betreffen-  
den Herren hatte. Er habe dem Oberpräsidenten auf seine Bitte  
sogar den Text, den er für die Veröffentlichung zulassen wollte,  
vorgesehen. Herr Borowsky hat auf seine Frage über die  
Behandlung des Materials in der Presse und trotz des mehrfachen  
Sinnweises, daß der Oberpräsident entgegengelegter Meinung sei,  
mehrere Male darauf gedrungen, seine gesamten Mit-  
teilungen an die Presse zu bringen. Ein Verstum  
sei ausgeschlossen, da Genosse Dehne sich mit Herrn  
Borowsky sorgfältig über die Punkte, die nicht für die Offen-  
lichkeit bestimmt waren, geeinigt hatte. Dehne hält alle  
seine Mitteilungen als Eklamationen, die er aus dem Munde des Reichskommissars er-  
halten hat.

## Uneinigkeit unter den Alliierten.

Paris, 3. Juni. (TU.) Action française schreibt: Der Haupt-  
grund der Uneinigkeit zwischen den Alliierten sei der Umstand,  
daß sie über die Wichtigkeit der zu erledigenden Fragen nicht einig  
werden können. Frankreich, z. B. hält die Wiedererrichtung der  
zerstörten Provinzen seines Landes für das an erster Stelle stehende  
Problem, während Lord George der Ansicht ist, daß in erster  
Linie für die Wiedererrichtung des gesamten europäischen Ver-  
trages, von dem die Nordprovinzen Frankreichs nur einen sehr ge-  
ringen Teil ausmachen, Sorge getragen werden muß.

## Der Friedensvertrag mit Dänemark.

Gestern hat die Berliner Regierung den Vertragsentwurf erhalten; der die staatlichen Verhältnisse an der deutschen Nordgrenze mit Rücksicht auf die Entente, Dänemarks und Deutschlands gemäß dem Ergebnis der erfolgten Abstimmungen regeln soll. Die Note war unserem Gesandtschaftsrat in Paris überreicht worden, der sie durch Kurier der Wilhelmstraße hatte übermitteln lassen. Inhaltlich bestimmt der Entwurf die sogenannte Clausenlinie als neue deutsch-dänische Grenze, so daß das ganze Gebiet des ersten Abkommensgebiets, in dem die dänischen Stimmen überwiegen hatten, an Dänemark fällt. Die Propaganda des Auswärtigen Amtes hatte diese Linie Stimmung für eine sogenannte Liebes-Linie gemacht, die jene 25000 Deutsche, die heute mit an Dänemark fallen, ins Reichsgebiet einziehen will. Die realerungsfähige Presse, die Deutsche Allgemeine Zeitung stellt ferner noch folgendes aus dem Vertragsentwurf fest: „Neu ist gegenüber dem Friedensvertrage, daß Dänemark nicht nur den deutschen Staatsbürgern, sondern auch den Provinzialbürgern der Provinz Schleswig-Holstein und den Privatbürgern aller deutschen Mitglieder des früheren Schleswig-Holsteinischen Versuchsaufes erwerben soll. Alle Kauf-, Miet- und Pachtverträge in Bezug auf Staats- und Provinzialland, die nach dem Abfallzustande abgeschlossen worden sind, sollen null und nichtig sein, wenn nicht Dänemark zustimmt.“ Im übrigen ist der deutschen Regierung aufgegeben, Antwort bis zum 10. Juni zu erteilen.

Diese von der Entente bzw. Dänemark vorgeschlagene Regelung der deutsch-dänischen Grenzbeziehungen, die keineswegs deshalb die endgültige zu sein braucht, weil Deutschland diesem Vertragsentwurf noch Abänderungsvorschläge entgegenstellen kann, sind nun von der reaktionären und altbackenen Presse benutzt, um einen neuen chauvinistischen Nummel in Szene zu setzen. Als Wahlmänner für die sogenannten „nationalen“ Parteien mag es ja anstößig schon sein, von einem neuen „Schmachfrieden“ zu reden, von unerbittlichem Raub, von Wiederholung des Spektakels von Versailles und wie das Schimpfwörterlexikon unleser patentierten Patrioten sonst solche Dinge zu nennen gewohnt ist. Ebenso unzulässig und verbrecherisch ist aber auch dieser Wahltrab. Unzulässig deshalb, weil eine ideale Lösung der Grenzfragen in gemäßigter Sprache Gebieten bis aufs Haar genau sich nie erreichen läßt; würden nämlich jene deutsch-dänischen Dörfer auf der dänischen Seite der Clausenlinie zu Deutschland kommen, so würde sich wieder die andere Tatsache ergeben, daß nun statt 25000 Deutsche an Dänemark genau soviel Dänen an Preußen „fallen“ würden. Gerade diejenigen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker während des ganzen Krieges mit Füßen getreten haben, pochen jetzt darauf, als ob es sich um ein Evangelium von Iteher gebühre hätte. Verbrecherisch aber ist ihr tendenziöse Wahltrab deshalb, weil er mit den Gefahren eines neuen Krieges, einer neuen Hungerblockade, eines neuen soldatischen Abenteuerzuges spielt. Nichts gelernt, aber alles vergessen — das trifft für jeden Deutschen zu, der sich durch das widerliche Geschrei der Vaterlandspatrioten noch irrenweise beeinflussen lassen mag.

## Zusammentritt des Reichstags und Regierungsbildung.

Der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung schreibt: Es werden schon Vermutungen darüber aufgestellt, wann der neue Reichstag sich zum erstenmal ver sammeln soll. Unter normalen Verhältnissen würde nach einem so heftigen Wahlkampf zweifellos ein gewisser Zeitraum bis zur Konstituierung des neuen Parlaments verstreichen. Die Verfassung selbst gibt dafür eine Spanne von 30 Tagen; also spätestens am 6. Juli müßte der neue Reichstag zusammentreten. Durch außerordentliche Erörterungen wird aber ein früherer Zusammentritt notwendig. Am 21. d. M. soll die Konferenz in Spa beginnen. Bis dahin müßte eine neue Regierung gebildet sein und die neue Regierung müßte außerdem vom Reichstage vollmächtig für ihre Verhandlungen in Spa erhalten. Da erwidert sich von selbst, daß vorausichtlich Mitte Juni die erste Sitzung des neuen Reichstages stattfinden wird. Ein späterer Termin kann kaum gewählt werden, denn wie das Wahlergebnis immer sein mag, die Reibung der Regierung wird eine geraume Zeit erfordern, und das eine neue Regierung gebildet werden muß. In dieser Zeit drei Koalitionsparteien haben sich bei der letzten Konstitution des Kabinetts unter dem Vorbehalt der Reichstagswahl dahin geeinigt, daß nach der Wahl das gesamte Reichskabinett zurücktreten soll. Der Reichspräsident soll vollständig freie Hand bekommen, auf Grund des Wahlergebnisses eine dem ihm zu wählende Person mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen.

## Deutschland.

### Teilweise Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Berlin, 2. Juni. Am 31. Mai und 1. Juni haben im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Herrn Unterstaatssekretärs Exzellenz Dr. Caspar und unter Mitwirkung der Ministerärzte Dr. Hamel und Dr. Silyer die Einigungsverhandlungen zwischen den Ärzten und Krankenkassen stattgefunden. Sie haben in der Frage des Arztgehalts zu einer Verständigung der Parteien geführt, die eine wesentliche Annäherung an die Durchführung der freien Arztwahl bedeutet. Ebenso wurde ein Einverständnis über die Schaffung von sozialhygienischen Einrichtungen durch Krankenkassen erzielt. Ueber die Frage der ärztlichen Vergütung mußte mangels einer Einigung der Parteien ein Schiedsgericht der Unparteilichen gebildet werden. Dieser steht bei Bezugsnahme nach einzelnen Leistungen eine Verdoppelung der bisherigen Höhe vor, die auch der Bemessung der Pauschalvergütung zugrunde gelegt werden soll. Ueber die Annahme des Schiedsgerichts haben sich die Parteien bis zum 15. Juni zu erklären.

### Revolverattentat auf einen deutschnationalen Agitator.

Frankfurt a. M., 3. Juni. Auf der Heimfahrt von einer Wahlversammlung wurden zwischen Steinau und Schlichers auf den deutschnationalen Stadtverordneten Rudolph und seinen Begleiter sechs Revolvergeschosse abgegeben, von denen glücklicherweise keiner traf. Die Täter sind bisher noch nicht ermittelt worden.

### Beschlagnahme der neuen Getreideernte.

Auf Grund des Artikels 4 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 wird der Vorkauf der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920, wie er sich aus der Verordnung vom 21. Mai 1920 ergibt, nunmehr amtlich bekannt gemacht. Danach wird das im Reich angebautete Getreide (Brotgetreide, Gerste und Hafer), allein oder mit anderen Bodenerzeugnissen gemischt, mit der Trennung vom Boden für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es gewachsen ist. Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf den Stalm und die aus dem beschlagnahmten Getreide hergestellten Erzeugnisse, wie Mehl, Schrot, Getz, Graupen, Gerste, Hafer, Malz. Vor der Trennung vom Boden dürfen Kaufverträge über Getreide oder andre auf Veräußerung oder Kauf von Getreide gerichtete Verträge nicht abgeschlossen werden, wenn nicht der Kommunalverband schriftlich seine Zustimmung erklärt hat. Verträge, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossen worden sind, sind nichtig. Trotz der Beschlagnahme dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihrem selbstgebauten Getreide in der Zeit vom 16. August 1920 bis zum 15. August 1921 zur Ernährung der Selbstversorgung auf den Kopf an Brotgetreide monatlich 12 Kilogramm, an Gerste und Hafer monatlich je 5 Kilogramm verbrauchen, ferner zur Bestimmung der zum Betriebe gehörigen Grundstücke bestimmte Mengen, die sich auf durchschnittlich 150 Kilogramm auf den Hektar belaufen. Die Beschlagnahme endet mit dem freihändigen Eigentumsübergang durch die Reichsgetreidebehörde oder den Kommunalverband, für den die Vorräte beschlagnahmt sind, Heberziehungen

dieser Verordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 M. geahndet.

## Neuregelung des Eisenbahngüterverkehrs.

Im Reichsverkehrsministerium fand eine Besprechung statt, in der vorbereitende Maßnahmen für die Neuregelung der Leistung des gesamten deutschen Güterverkehrs nach dem Gesichtspunkte des betrieblich und wirtschaftlich vorzuziehenden Weges getroffen wurden. Die Durchführung der umfangreichen Arbeiten soll beschleunigt werden. Die aus dem früheren Wettbewerb der Länder hervorgegangenen Leistungsweges sollen baldmöglichst beseitigt werden, soweit sie betriebliche Ergebnisse und unwirtschaftliche Umwege zur Folge gehabt haben.

Der Reichswehrminister in Schlesien. Der Reichswehrminister hat sich nach Breslau begeben, um sich von den schlesischen Verhältnissen einen persönlichen Eindruck zu verschaffen.

Abweisung des Bürgermeisters von Marienwerder. Nach einer Savas-Meldung aus Marienwerder hat die interalliierte Kommission den Bürgermeister von Marienwerder wegen angeblicher Missetat gegen die Besatzung gegenüber den alliierten Kommandanten seines Amtes enthoben.

Ein Staatsgerichtshof für Bayern. Der bayrische Landtag hat das Gesetz über den Staatsgerichtshof für Ministeranklagen, Verfassungsbeschwerden und Verfassungsstreitigkeiten ohne Aussprache angenommen.

Die verfassunggebende Versammlung für die künftige Freie Stadt Danzig ist vom Oberkommissar für den 14. Juni einberufen worden.

Erzeugung und Gewinn. Die Umsätze des Wirtschaftsjahres 1919 haben einige sehr beachtliche Uebererlösnennungen zu verzeichnen. Fast überall erhöhte Gewinne einer bedeutend verminderten Erzeugung gegenüber. Auch in der Kohlenindustrie, die sich bei den amtlichen Preisen niemals beruhigen konnte und immer über die kolossale Steigerung der Förderkosten gerte, ergibt sich das gleiche Bild. Die Gewerkschaft des Steintohlenbergwerkes Verchnigte Sekene und Amalle, Essen, hat 1919 nur 668 321 Tonnen gegen 812 751 Tonnen im Jahre 1918 gefördert, die Herstellung von Teer hat sich von über 10 Millionen Kilogramm auf etwa 5 1/2 Millionen Kilogramm, die von schwefelreichem Ammoniak von 4 auf 2 1/2 Millionen Kilogramm vermindert, während sich der Gewinn von noch nicht 2 1/2 auf über 2 1/2 Millionen Mark gehiehet hat.

Die Kallgewerkschaft Döhlingen verleiht für 1919 eine Ausbeute von 1000 pro Proz. Die trotz der Exportgewinne dieses Wertes sein müssen, ergibt sich aus einer Mitteilung der Frankfurter Zeitung, die darauf hinweist, daß die Gewerkschaft noch Ende November 1919 damit umging, wegen großer Verluste eine Anzahlung von 1 1/2 Millionen Mark von den Inhabern der Luxe zu fordern, während sich nunmehr ohne irgendeine Anzahlung diese halbe Ausbeute ergibt.

Wie oft ist der deutschen Arbeiterschaft die Sozialisierung der Kohle und der Kallindustrie zugesagt worden?

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Eine neue Niederlage der Bolschewisten?

Kopenhagen, 2. Juli. Einem Telegramm aus Warschau zufolge wird von der bolschewistischen Front gemeldet: Die Niederlage, die die Bolschewisten in Wolhynland erlitten, brachte die Offensiv zum Stehen. Alle Verluste des Heeres, wiewer gegen die Bolschewisten vorzurücken, sind gescheitert. In der Brest-Litwa hat der Feind eine neue große Niederlage erlitten, diesmal nördlich von Bobruisk, wo die polnische Kavallerie ein ganzes russisches Kavallerieregiment umringte und gefangen nahm und dabei eine große Menge Kriegsgerät erbeutete. Es heißt ferner, daß die Bolschewisten die Friedensverhandlungen mit Letland zum Abbruch nahmen, um an der lettischen Front Sitich von Danaburg einen Ueberumpfungsvorstoß zu machen. Sie wurden von den Letten zurückgeschlagen und erlitten große Verluste.

### Keine weitere Vertretung Amerikas in der Rheinlandkommission.

Wegen der Nichtratifikation des Friedensvertrages wird Amerika in Zukunft nicht mehr in der interalliierten Rheinlandkommission vertreten sein. Nächste Woche verläßt der amerikanische Vertreter Noyes Kobenz. Die erforderlichen Geschäfte werden von dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen, General Mott, besorgt werden.

### Bulgarien protestiert gegen die Besetzung Thrakiens

Amsterdam, 2. Juni. Der Berichterstatter der Times meldet aus Sofia, daß die bulgarische Regierung in einer Note an die Entente gegen die Besetzung von Westthrazien durch griechische Truppen protestiert hat. Es wird auf die Flucht der bulgarischen Einwohner hingewiesen und um Schutz der zurückgebliebenen Bevölkerung gebeten.

### Der amerikanische Senat lehnt das Mandat über Armenien ab.

Paris, 2. Juni. Nach einer Havasmeldung hat der amerikanische Senat mit 52 gegen 23 Stimmen das Mandat über Armenien abgelehnt. Die Resolution ist an das Repräsentantenhaus zurückgegangen, das nach einer andern Havasmeldung auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist.

### Ungarns Antwort.

Zu der österreichischen Verbannung über die Aufstellung österreichischer Militärformationen in Galizien erwidert das ungar. Tel.-Korr.-Bureau: Insgesamt haben 80 in Oesterreich erwerbende Offiziere im Kriegsgefangenenlager Galizien vorübergehend Unterkunft gefunden. Von Anwendungen ist hier nichts bekannt. Sollten Grenzwachorgane unüberlegte Handlungen begangen haben, so werden sie zur Verantwortung gezogen werden.

### Vom irischen Kampflager.

Laut Daily Chronicle beträgt die Zahl der in Irland befindlichen Truppen etwa 50 000 Mann. — Nach einer Reuters-Meldung überbrumpelten dreißig Bewaffnete die militärische Wache des Grundbuchamtes in Dublin und führten in Automobilen ein Wachtengewehr, zehn Gewehre und alle militärischen Ausstattungsgegenstände der Wache fort.

### Ein deutsch-französisches Schiedsgericht.

Aus Paris wird gemeldet, daß dort ein neues Feststellungs- und Ausgleichsbureau für die französischen Forderungen an Deutschland, wie es der Frieden von Versailles vorschreibt und wie sie in allen kriegsführenden Ländern errichtet wurden, eingerichtet worden ist. Das gemischte deutsch-französische Schiedsgericht, das Streitigkeiten schlichten soll, wird in Paris sitzen, kann aber je nach Bedarf auch anderwärts zusammentreten.

### Stauung an der Reise nach Nordschleswig verhindert.

Der dänische Arbeitersführer Stauung wollte dieser Tage nach der ersten Zone reisen, um mit den dortigen sozialdemokratischen Organisationen Fühlung zu nehmen. Die interalliierte Kommission hat ihm aber das Passivum verweigert. Die dänischen Politiker haben bisher ungehindert die Reise nach der ersten Zone antreten können.

### Verhaftung Pfaltens.

Bern, 2. Juni. Der Sozialistenführer Pfaltens wurde bei seiner Ankunft in Rom an der Grenze von der Grenzpolizei verhaftet.

## Eine gegenrevolutionäre Allianz in Südamerika.

Wie die Times aus Buenos Aires meldet, ist das Ergebnis der Ende Februar stattgefundenen Verhandlungen des südamerikanischen Kongresses in Form eines Vertragsentwurfs veröffentlicht worden. Danach verpflichten sich Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay, Peru und Uruguay, sich gegenseitig über alle „anarchistischen“ Akte oder Anschläge, verbündeten Versammlungen, Propaganda, Verbreitung von Flugchriften und Presseartikel, die in einem der beteiligten Länder revolutionäre Ziele verfolgen, zu unterstützen. Der Vertragsentwurf bedarf noch der Ratifizierung durch die beteiligten Länder.

Erfolge der türkischen Nationalisten. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die nationalistischen Streitkräfte haben überall Vorteile über die Regierungstruppen erzielt. Einem Gericht zufolge wird zwischen der Regierung und den Anhängern Kemals durch eine Mittelperson verhandelt.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Schlichte verbessert sich.

Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker veröffentlicht nachstehendes Schreiben des Reichsarbeitsministers Schlichte an den Verband der Buchdrucker:

„Unter Bezugnahme auf die Besprechung vom 18. Mai 1920 teile ich ergebenst mit, daß ich bei Erteilung der Austunft an den Deutschen Buchdruckerverband vom 26. April 1920 selbstverständlich nur solche Fälle im Auge gehabt habe, in denen es sich tatsächlich um eine durch Arbeitsmangel erforderlich gewordene dauernde Verkleinerung der Arbeitszeit handelt, und in denen diese dauernde Verkleinerung der Arbeitszeit unter Mitwirkung der gesetzlichen Vertretung der Arbeitnehmerschaft gemäß § 78 Ziffer 2 des Betriebsrätegesetzes ordnungsmäßig erfolgt ist. Soweit eine Verkleinerung der Arbeitszeit ohne ausreichenden sachlichen Grund in der Absicht vorgenommen sein sollte, die Arbeitnehmerschaft herabzusetzen, so läge hierin eine unzulässige Umgehung der Verordnung vom 12. Februar 1920 (Reichsgeblatt S. 218), die den Schlichtungs-ausschuss berechtigt, auf Wiederherstellung der zu Unrecht Entlassenen zu erkennen.“

So war die Austunft Schlichte an die Buchdruckerprinzipale nicht zu verstehen gewesen, weshalb sich der Verband mit Recht gegen Schlichte wandte.

Zu der von uns gestern veröffentlichten Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums gegen die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens sagt der Vormars:

„Wie wir von zuständiger Seite hören, entspricht die in der Presse verbreitete Mitteilung, das Reichsarbeitsministerium habe neuerdings entschieden, daß Tarifverträge sich der Regelung des Lehrlingswesens zu enthalten hätten, nicht den Tatsachen. Das Reichsarbeitsministerium hält nach wie vor die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen der Lehrlinge für zulässig, soweit nicht im einzelnen besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen.“

Warum wohl das Reichsarbeitsministerium nicht selbst das Wort nimmt?

### Die Metallarbeiter Leipzigs

beschäftigten sich in einer von über 2500 Personen besuchten Generalversammlung, die am 27. Mai 1920 im Zoologischen Garten tagte, mit der Aufstellung neuer Forderungen an die Unternehmer. Zunächst berichtet K. Nege Lieberich über die Verhandlung einer Feuerungszulage für Monat Mai. Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen nur für einen kleinen Teil der Metallarbeiter und nur unbedeutende Zulagen bewilligt. Die Verhandlungskommission hat das Ergebnis der Verhandlungen der Feiner-Dezernierung vorgelegt, die dazu gekommen ist, es abzuwehnen und dem Schlichtungsausschuss zur Entscheidung zu überweisen. Der Schlichtungsausschuss hat einen Spruch gefällt, wonach alle Arbeiter und Arbeiterinnen für Monat Mai eine Teuerungszulage von 10 Prozent auf die Bezüge (Verdienst) erhalten sollen. Die Dezernierung hat weiter, falls der Schiedsgericht von den Unternehmern abgelehrt wird, die Rechtsverbindlichkeitserklärung beantragt.

Dem Wege, den die Verwaltung in diesem Falle gegangen ist, sowie den neuen Forderungen, die von der Verwaltung aufgestellt sind, stimmte die Versammlung zu.

### Volkshausmarken.

Der Vertrieb der Volkshausmarken (Beitagsmarken zum Wiederaufbau des Volkshauses) soll durch die Gewerkschaften erfolgen. Die Betriebsräte müssen die Marken von ihren Organisationen abholen. Nur in Ausnahmefällen können die Betriebsräte sowie Funktionäre die Marken (im Werte von 2, 3 und 5 M.) im Kartell, Gewerkschaftshaus Hotel Viktoria, Gerberstraße 1, Zimmer 99 entnehmen.

### Gewerkschaftskartell Leipzig.

Der Streik der Leipziger Zeitungsanwärterinnen ist beendet. Die Verleger haben die Forderungen von 1 Mark für einmündige und von 2 Mark für zweimündige Austragen für den Monat Juni bewilligt.

Achtung, Dachdecker! Der Unterassessor Paul Bendler jun. hat keine Berechtigung mehr, Beitragsmarken zu verteilen, da Kassenifferenzen festgestellt worden sind. Zentralverband der Dachdecker, Filiale Leipzig.

Landarbeiterstreik. In der Magdeburger Börde haben die Landarbeiter wegen nichtbewilligter Lohnforderungen die Arbeit eingestellt.

Tarifvertragsverbindlichkeiten. Der zwischen dem Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Leipzig, und dem Zwickauer für das Barbier-, Friseur- und Perückenmachergerwerbe zu Leipzig und Umgebung am 27. Januar 1920 abgeschlossene Tarifvertrag ist für das Gebiet der Stadt Leipzig und der eingemeindeten Vororte, sowie der Orte Böhlitz-Heuberg mit Barock, Gaußsch, Großschöcher, Windorf, Leupach, Wöllau, Dörsch, Marktberg, Baunsdorf, Wahren, Taucha und Markranstädt für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. April 1920. — Der zwischen den Firmen Leipziger Stahlfederfabrik Hermann Müller in Leipzig-Lindenau, E. W. Leo Nachf. in Leipzig-Plagwitz und dem Deutschen Metallarbeiterverband, Zweigstelle Leipzig, am 8. März 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gewerblichen Arbeiter in der Stahlfederfabrikation ist für das Gebiet der Stadt Leipzig für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. April 1920.

## Von Nah und Fern.

### Die schwarzen Borden in Oberschlesien.

Dupeln, 2. Juni. Im Kreise Dupeln sind mehrere Fälle von schwarzen Borden festgestellt worden.

### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Heineker in Leipzig.

### Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Friedrich Willr. Vorwärts-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

AM 21 JUNI 1920 21 21

# U.S.P.D. Groß-Leipzig

## Große öffentliche Wähler-Versammlungen:

Donnerstag, den 3. Juni, abends 1/8 Uhr:

**L.-Ost** in den Drei Mohren und im Albertgarten  
Referenten: Genossen Karl Göge und Paul Plötke.

**L.-Connwitz** in der goldenen Krone Referent: Stadtrat Genosse Alfred Dieze.

**L.-Möckern** im Goldenen Anker Referent: Stadtverordneter Genosse Johann Scheib.

**L.-Dölitz** in der Schulturnhalle Referent: Volkshammermitglied Genosse Hermann Diebmann.

**L.-Stünz** im Landhaus **Frauenversammlung.** Referentin: Reichstagskandidatin Genossin Berla Thiel.

**L.-Stünz Ostheim** im Restaurant Vogel **Frauenversammlung.**  
Referentin: Genossin Anna Kühn.

**L.-Schönefeld** im Sächsischen Hof Referent: Genosse Friedrich Seger.

**Sommerfeld** im Gasthof Böhme Referent: Reichstagskandidat Genosse Seger.

**Gröbern** im Gasthof Referent: Reichstagskandidat Genosse Erich Schilling.

**Hohenheide, Merkwitz u. Gottscheina** im Gasthof Hohenheide Referent: Genosse Otto Marder.

**Wiederitzsch** im Alten Gasthof abends 8 Uhr. Referent: Volkshammermitgl. Gen. A. Denschardt

**Böhlitz-Ehrenberg** in der Eiche Referent: Redakteur Genosse Alb. Fichte.

**Markranstädt** im Thüringer Hof Referent: Parteisekretär Genosse Karl Schrörs.

**Großdeuben** im Gasthof Referent: Genosse Rudolf Kühn, Leipzig.

**Döbitz, Dewitz, Schlis, Plöbitz** im Gasthof Döbitz Referent: Genosse Sekretär Weß.

**Bapitz-Modelwitz** im Gasthof Landesgrenze abends 8 Uhr. Referent: Genosse Otto Rebrig.

**Groß- u. Klein-Miltitz** im Gasthof Groß-Miltitz Referent: Genosse Heinrich Wulke.

**Baunsdorf** im Alten Gasthof Referent: Genosse Joh. Schöning

Freitag, den 4. Juni, abends 1/8 Uhr:

**Leipzig** im großen Saale des Volkshauses Referent: Reichstagskandidat Genosse Friedrich Seger.

**Leipzig** im großen Saale des Zentraltheaters Eingang Gottschedstraße Referent: Reichstagskandidat u. Stadtverordnetenvorleser Gen. Erich Seger.

**L.-Mockau** in der Schulturnhalle Referent: Redakteur Genosse R. Koppisch.

**L.-Schleußig** im Elstertal Referent: Redakteur Genosse Hans Bloch

**L.-Thonberg** im Gasthof Neureudnitz Referent: Stadtv. Genosse Krug.

**L.-Eutritzsch** im Gosenlöschchen Referent: Reichstagskandidat Genosse E. Schilling.

**L.-Kleinzschocher** in der Windmühle Referent: Genosse Paul Plötke.

**L.-Sohlis** im Schillerslöschchen Referent: Genosse Jos. Wirt.

**Großzschocher** im Trompeter **Frauenversammlung.** Referentin: Reichstagskandid. Gen. Berla Thiel.

**Borsdorf** im Kaffeebaum Referent: Genosse Kurt Wildes.

**Rückmarsdorf** im Gasthof Sandberg abds. 8 Uhr. Ref. Geschäftsfr. M. Ruckdäschel.

**Holzhausen** im Gasthof Referent: Stadtverordneter Gen. Aug. Böhle.

**Markkleeberg** in Mockers Gasthof Referent: Genosse Max Köhler.

**Prödel** im Gasthof Referent: Genosse Rudolf Kühn.

**Gaschwitz** in der Zentralthalle **Frauenversammlung.** Referentin: Genossin Anna Kühn, Leipzig.

**Enthra** im Reichsadler Referent: Genosse Karl Göge.

**Großdalzig** im Gasthof Referent: Genosse Alfred Arehschmar.

**Rötha** in Stadt Leipzig abends 8 Uhr. Referent: Stadtrat Genosse Alfred Dieze, Leipzig.

**Wahren** im Birkenlöschchen abends 8 Uhr. Referent: Sekretär Genosse Weß.

**Lindenthal** im Deutschen Haus Referent: Stadtverordneter Genosse Karl Krüger.

Fortsetzung auf der ersten Beilage Seite 4.

## Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig

Volkshaus (Saalgebäude). Geschäftszeit: 8-10 Uhr vormittags, 12-1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4-6 Uhr nachmittags.

Donnerstag, den 3. Juni, abends 1/8 Uhr, im Bureau Fortsetzung der Ortsverwaltungsitzung.

Freitag, den 4. Juni, abends 1/8 Uhr, im Volkshaus, Nebenaal rechts

### Versammlung

der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiterratmitglieder, Vertrauensleute und Funktionäre.  
Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. 2. Wahl von 3 Delegierten zur Landesversammlung. 3. Verschiedenes.

Montag, den 7. Juni, abends 6 Uhr, im Volkshaus, Café

### Versammlung

der Betriebsratsmitglieder aller städt. Betriebe (Arbeiter u. Angestellte).  
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Wahl des Gesamtbetriebsrats. 2. Verschiedenes.

Freitag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im Volkshaus, großen Saal

### Versammlung

des in den staatlichen, städtischen und privaten Kranken-, Pflege- und Erziehungsanstalten beschäftigten Pflege- und Erziehungspersonals.  
Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Organisation in den Kranken- und Pflegeanstalten. Referentin: Fräulein Marie Friedrich, Berlin. 2. Verschiedenes.

Um vollständigen Besuch aller Versammlungen ersucht Die Ortsverwaltung.

## Vereinigung Ansiedlung Ost.

Versammlungen der I. Transporte

im Goldenen Schiffchen, Volkmarzdorf, Ecke Hildegard- u. Jankowskistr.



abends pünktlich 1/7 Uhr  
Sonntag, den 5. Juni 1920  
Mittwoch, den 9. Juni 1920  
Sonntag, den 12. Juni 1920  
**Industrie-Arbeiter  
Kolonie - Ansiedler  
Sowjetgüter - Ansiedler**

Erscheinen aller ist unbedingt Pflicht. Es haben aber in jeder Versammlung nur die betreffenden ersten Transportteilnehmer Zutritt. Die Transportkommission.

Pfund 1.80 M Seefischhandlg. Persson & Knaupe 1.80 M

Eisenbahnstraße 32, Ecke Konstantinstraße

empfehlen frisch vom Fangplatz eintreffende

**Blutfrische See-Fische**

Pfd. 1.80 M aller Sorten mit und ohne Kopf. Einheitspreis. Einheitspreis Pfd. 1.80 M



## Rindleder-Coupekskoffer

Desgleichen in deutscher Färb. Größte Auswahl.

Nur eigene beste Fabrikate. Billigste Preise

Karl Blaich Windmühlenstraße 32

Tauchaer Straße 16.

Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel und div. ff. Lederwaren.

## Achtung!

Zahlte Tagespreise für  
Zeitungen  
Bücher  
Mospapier  
Lumpen  
Metalle  
Flaschen  
Säcke

Rohproduktenhandlg.  
Thomaststr. 11  
M. Bart.

## Achtung!

Zahlte Tagespreise für  
Zeitungen  
Bücher  
Mospapier  
Lumpen  
Metalle

El., Gohlisstr. 42, 6.

## Zeitungen

Bücher  
Zeitschriften  
Lumpen  
Flaschen  
sämtliche  
Almetalle

sowie sämtliche  
Rohprodukte

kauft auch von  
außerhalb

**Altenburg**  
Hospitalstraße 2  
Telephon 9769

## U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Freitag, 4. Juni, nachmittags von 4 Uhr an treffen sich alle Funktionäre, Wahlhelfer und deren Frauen betriebs- u. wahlbezogen im Volkshaus, Nebenaal links; ebenso Sonntags von 7 Uhr im Gartenlaai. Sonntag früh 1/7 Uhr alle Wahlhelfer. Die Bezirksleiter.

**Kammerlei-Brandis.** Freitag, den 4. Juni 1920, abends 8 Uhr. Sitzung sämtl. Parteifunktionäre im Parkschlößchen. Sonntag, den 6. Juni (Wahltag) Gemüthliches Beisammeln sämtlicher Mitglieder nebst Angehörigen im Parkschlößchen. Wahlresultatsverhandlung Anfang 1/8 Uhr. Der Vorstand.

**Rötha u. Umg.** 7 1/2 Uhr. Ortsvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Wahlen. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

## Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

**Turn-Vereine**

**L.-Thonberg.** Freie Turnerschaft Süd-Ost. Sonntag, den 5. Juni, abends 7 Uhr. Turnratsitzung bei Quasdorf. D. V.

**Engelsdorf.** Turnverein. Sonntag, den 5. Juni, abends 1/8 Uhr, im Lindengarten, Engelsdorf. Monatsversammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Der Vorstand.

**L.-Eutritzsch.** Turnverein Nord-Ost. Freitag, den 11. Juni, abends Punkt 9 Uhr. Mittwöchliche Versammlung im Lindenhof. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Leutzsch.** Turnverein Jahn G. A. Die Vereinsversammlung findet nicht am 4. Juni, sondern erst Freitag, den 11. Juni, im Vereinslokal statt.

Sonntag, den 12. und Sonntag, den 13. Juni, Turnfahrt in die Dübener Heide. Abfahrt Sonntag, den 12. Juni, nachm. 3.24 Uhr, vom Hauptbahnhof. Zahlreiche Beteiligung erwartet. D. V.

**Radsportler-Bund Solidarität**

Ortsgruppe Leipzig. Wir bitten die Mitteilungen die für Sonntag, den 6. Juni, angelegten Touren ausfallen zu lassen und sich an den Wahlarbeiten zu beteiligen.

Sonntag, den 5. Juni, abends 7 Uhr, Bezirks-Sitzung im Restaurant Kewer. Alle Abteilungs-Vorstände oder deren Vertreter haben unbedingt zu erscheinen. Die Bezirksleitung.

# Wahlzeitung

## Der 6. Juni ist Wahltag!

### Das Betriebsrätegesetz.

#### 3. Sein reaktionärer Paragrafenaufbau.

H. E. Blättert man das Betriebsrätegesetz auf seine einzelnen Paragraphen hin durch, so ist fast jede einzelne dieser Bestimmungen des Schweißes der revolutionären Obstruktion sowohl wie der „sachlichen“, auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus vorgenommenen oppositionellen Kritik wert. So ist denn auch in der Praxis des parlamentarischen Kampfes um das Betriebsrätegesetz, vorzüglich während der zweiten Lesung, von unserer numerisch schwachen Reichstagsfraktion der Kampf fast um jeden einzelnen Paragraphen mit aller revolutionären Kraft sowohl wie mit sachlichen und nützlichen Gegenanträgen und Gegenanträgen geführt worden. Von der bürgerlichen Presse und ihrer famosen Parlamentsberichterstattung läßt jenes wüste Zerrbild der damals von uns geleisteten kritischen, aber auch positiven Kampfarbeit her. Wer sich aber in die amtlichen stenographischen Berichte jener denkwürdigen Verhandlungen vertieft, findet gerade auf Seiten der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie eine unbedingte Sachlichkeit, ein ständiges Zurückgreifen auf sorgsam durchdachte und ausgearbeitete, praktisch realisierbare Gegenanträge, die wohlwollend abstecken von der gefährlichen, flebrig-jähigen Art der anderen Parteien, vor allem der Koalitionsgruppen, das Gesetz durch die Walze der Parlamentarismaschine zu treiben.

Es dürfte genügen, nur bei den wesentlichen Paragraphen und nur an der Hand einiger Beispiele zu zeigen, wie der konterrevolutionäre Inhalt des Gesetzes im einzelnen von den Vertretern der USP-Fraktion bekämpft werden mußte.

#### Die Erhaltung der Profitwirtschaft.

Gleich § 1 des Betriebsrätegesetzes läßt den gegenrevolutionären Charakter des Gesetzes klar erkennen. Nach ihm werden die Betriebsräte errichtet „zur Unterstützung des Arbeiters in der Erfüllung der Betriebszwecke.“ Der Betriebsrat soll also den Unternehmer unterstützen in der Durchführung seiner ausgesprochenen Unternehmerfunktionen. Die Unternehmerfunktionen zielen aber einzig und allein auf die Herauswirtschaftung eines Profits; die Werkstätte, das Kontor, das Verkehrsbureau arbeitet nicht um der Produkte, sondern nur um des Mehrwerts willen. Der Betriebsrat, wie ihn das Gesetz will, tritt so an die Stelle der Stchubtr und des Trudsystems. Das, worum die Arbeiterschaft gekämpft hat, um den sozialistischen, den gemeinwirtschaftlichen Aufbau der Produktion, die um der Produkte und um des gesellschaftlichen Bedarfs willen, der von jener befriedigt werden soll, arbeitet und nicht um der Erzielung eines Profits willen, ist dadurch genau ins Gegenteil verkehrt.

Noch schärfer tritt gerade diese „konservatorische“, konterrevolutionäre Tendenz des Gesetzes zum Beispiel in dem schon früher gestreiften § 66 zutage, der ausdrücklich an erster Stelle bestimmt, daß der Betriebsrat die Betriebsleitung „durch Rat“ zu unterstützen hat und daß er „mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichst wirtschaftliche Betriebsleistungen zu sorgen“ hat. Ausdrücklich: Für die Wirtschaftlichkeit, also die Rentabilität der Betriebsleistungen, hat der Betriebsrat einzutreten, beiseite nicht für die Betriebsleistungen an sich. Gerade in der jetzigen Wirtschaftsordnung ist der Fall an der Tagesordnung, und jetzt beim Steigen der deutschen Wälu ta sogar die Regel, daß hohe produktive Leistungen eines Betriebs, das heißt also die intensive Herstellung von Produkten der Rentabilität des Betriebes und seiner Leistungen Abbruch tut. Der Unternehmer handelt klug, wenn er überhaupt nicht arbeitet, da die Preise des Produkts seines Betriebes fallende Tendenz haben. Der Betriebsrat hat in diesem Falle also sogar die gesetzliche Verpflichtung, dem Unternehmer die Einschränkung und Stilllegung seiner Betriebe anzuraten und ihn dabei sogar „durch Rat“ zu unterstützen. Die Arbeiter, die im Betriebsrate sitzen, müssen ihr eigenes Grab

schaufeln! So hat die bürgerlich-rechtssozialistische Parlamentsverschönerung also aus dem Betriebsrätegesetz ein Nordwerkzeug geschmiebet, das gerade jetzt die Arbeiterschaft selbst gegen ihren eigenen Leib wälzen lassen muß. Hier wird der Wahnsinn wirklich furchtbares Verbrechen! Und es ist derselbe, allein die kapitalistische „freie“ Wirtschaft mit all ihren Segnungen erhaltende Sinn des Gesetzes, der weiter in dem § 71 lebt. Der Betriebsrat hat nach ihm nur soweit das Recht, Kenntnis von den Betriebsvorgängen zu nehmen, „soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden.“ Hier ist, wie damals in der zweiten Lesung Curt Gener ausführte, der Kernpunkt des Gesetzes. Eine sozialistische Wirtschaft, auch wenn sie in den allerersten Anfängen noch stecken sollte, hat natürlich zuerst an die Aufhebung des wirtschaftlichen und juristischen Begriffs vom Geschäftsgeheimnis heranzutreten. Wer die Produktion um der Produktion, nicht um des Profits will, hat die Bahn für die Produktion frei zu machen und hat dafür zu sorgen, daß frische Erzeugnisse der Technik neue Erfindungen, die sie erleichtern, sofort in breitem Maße allen denen zugänglich gemacht werden, die da produzieren. Der Kapitalismus gerade in seiner letzten und übelsten Form ist nur möglich, wenn der Staat und seine Mittel den Profitgeizismus des Unternehmers durch den Schutz eigenannter, oft für einen Pfifferling vom Erfinder erstandener „Geschäftsgeheimnisse“ fördern. Hier flinkt der bis ins Mark konterrevolutionäre Geruch des Betriebsrätegesetzes geradezu zum Himmel.

#### Die Entrechtung der Arbeiter.

Hand in Hand mit dieser Sakrosanctifizierung des Kapitalismus geht die Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft, die durch das Gesetz verewigt ist. Es ist ja auch ganz natürlich, dieweil die Profitrate des Unternehmers um so üppiger gedeihen kann, je willfähriger ihm die menschlichen Objekte der Ausbeutung in die Hand gegeben werden. Nur einzelne Paragraphen seien in dieser Beziehung herausgehoben; unschwer ließe sich derselbe Nachweis an der Gesamtheit der Paragraphen erbringen.

§ 28 befugt den Vorsitzenden des Betriebsrats „zur Vertretung des Betriebsrats gegenüber dem Arbeitgeber.“ Durch dieses Vertretungsrecht, aus der in der Praxis der Vertretungszwang gemacht werden wird, ist der Korruptur Tür und Tor geöffnet. Der Arbeitgeber verhandelt mit einem einzelnen seiner Arbeiterschaft, vielleicht sogar auch hinter verschlossenen Türen. Die Verhandlungsgewandtheit des Kapitalisten kann hier Triumphe feiern; dem einzelnen Arbeiter aber fehlt oft genug als Einzelperson das Nachbühnen seiner Klasse und die Fähigkeit, dieses auszubilden; alle Vorteile der höheren Schulbildung und der im anders gearteten gesellschaftlichen Verkehr erworbenen Sprachgewandtheit kommen also dem Kapitalisten zugute.

§ 78 bestimmt, daß die Betriebsversammlung nur „Wünsche und Anträge an den Betriebsrat zu richten“ hat. Der Betriebsrat ist also denselben Leuten, die ihn gewählt haben, gar nicht verantwortlich. Wenn er sich als bestochen erweist und wenn er durch seine Bestechlichkeit der Arbeiterschaft schweren Schaden zufügt, ist gar keine Handhabe für die Arbeiterschaft gegeben, ihn unschädlich zu machen. Er wird eben die „Wünsche und Anträge“ seiner Kollegen unter den Tisch fallen lassen. Das Recht hat er dazu.

Nach § 36 finden die Sitzungen des Betriebsrats „in der Regel und nach Möglichkeit außerhalb der Arbeitszeit statt.“ Der Unternehmer hat also alle Ruhe — wer hat das Recht, über seine Arbeitszeit zu verfügen! — in aller Ruhe und Ausführligkeit am Tage seiner Stellung zu wahren. Die Arbeiterschaft im Betriebsrat ist darauf angewiesen: die knapp bemessenen Freistunden nach der Arbeitszeit zur Wahrung ihrer Interessen auszunutzen. Dazu kommt, daß nach § 35 der Unternehmer nur „notwendige“ Versäumnisse von der Arbeitszeit zu entlohnen hat. Was heißt „notwendig“? Der Arbeitgeber wird schließlich alle Arbeiten des Betriebsrates als nicht „notwendig“ bezeichnen und wird sich gegen jede Gehaltszahlung streiten können, wenn er will; er kann sich im mer,

wenn er böswillig ist, darauf berufen, daß ja der Betriebsrat nach der Arbeitszeit zu tagen hat.

Klassisch für die Entrechtung der Arbeiterschaft, die durch das Gesetz verewigt ist, sind auch die in ihm festgelegten unterschiedlichen Strafen. Während der § 99 den Kapitalisten, der seinem Betriebsrat eine falsche Betriebsbilanz vorlegt, nur mit einer Geldstrafe bis zu 2000 Mk. oder mit Haft belegt, soll nach § 100 der Arbeiter oder Angestellte im Betriebsrat, der etwa Geschäftsgeheimnisse verrät, mit 3000 Mk. Geldstrafe oder Gefängnis bestraft werden. Der Unterschied in der Straffestufung — hier beim reichen Unternehmer 2000 Mk., beim armen Arbeiter 3000 Mk., hier Haft, dort Gefängnis — spricht für sich allein.

Wir haben schon betont, daß es unmöglich ist, im Rahmen eines Zeitungsartikels alle konterrevolutionären Bestimmungen des Gesetzes einzeln zu brandmarken. Wir glauben aber, daß die kleine Auswahl, die wir geboten haben, genügt, um den reaktionären Geist des Gesetzes zu kennzeichnen, der bewußt die sogenannten Erzeugnisse der Revolution sabotiert.

Arbeiter und Angestellte! So sieht das Betriebsrätegesetz aus, das euch gerade jetzt die Rechtssozialisten als ihre glorreiche, das Proletariat befreiende Tat vormalen möchten. Niemandwo feiert die Konterrevolution, die Sabotage der Revolution, deren begeisterte Träger und Soldaten Ihr wart, größere Triumphe als in diesem elendesten aller Gesetzeswerke der Nationalversammlung, die Euch Friede, Freiheit und Brot bringen wollte und sollte. Vergeht das am 6. Juni nicht! Vergeht das niemals!

### Der Verrat an der Schule.

II.

Keinlich steht es aber auch mit der Verwirklichung anderer Forderungen zur Reform der Schule. Es ist schon dargelegt worden, daß das Prinzip der Einheitschule nicht durchgeführt worden ist. An die Stelle der Einheitschule tritt eine nach Weltanschauungen und Weltanschauungen gesplattete Schule. Die schärfste Kritik an dieser Sorte Schulreform hat nach der zweiten Lesung der letzte sächsische Kultusminister Dr. Seyfert geübt. Er schrieb damals in der sächsischen Demokratischen Korrespondenz: „Der Schulkampf wird verewigt... Die Ruhe wird erst dann eintreten, wenn jeder Partei, die einen Anspruch darauf erhebt, ein Stück der Schule angegliedert sein wird. Das ist das Ende des Traums von einer nationalen Einheitschule.“ — Wenige Tage später aber stimmten die Demokraten dem neuen Kompromiß zu, nach dem zwar der Wille der Erziehungsberechtigten bei der Spaltung der Schule nicht entscheidend sein soll, aber möglichst zu berücksichtigen ist, und die Einzelheiten durch Landesgesetze zu regeln sind. An dem Grundgedanken selbst war dadurch nichts geändert worden — die Spaltung der Einheitschule war — beschlossen. Der Kampf der Parteien und Sekten um die Schule wird beginnen. Und er wird zum Schaden der Schule und der Schüler geführt werden. Das beweisen drastisch Neußerungen, die auf dem im Januar d. J. abgehaltenen Zentrumspartei tag gefallen sind. Dort führte die Referentin über die Schulfrage, die Frau Schmidt, u. a. aus: „Vom Standpunkte des Erziehers (des Pflans) verdient eine konfessionelle wenigerklassige Schule den Vorzug vor einer simultanen (gemeinwirtschaftlichen) achtklassigen Volksschule.“ Und weiter sagte sie: „Für uns darf es keinem Zweifel unterliegen, daß alle die Schularten, die heute mit staatlicher Genehmigung bestehen, als „geordneter Schulbetrieb“ anzusehen sind, also auch drei-, zwei- oder gar ein-klassige.“ (1) Nach dieser offiziellen Zentrumsauffassung, die miserabelste ein-klassige Schule einer gut ausgebauten achtklassigen vorzuziehen, wenn in der ersteren nur recht viel Religion gepaukt wird. Und die Leute mit derartigen vorurteillichen Anschauungen, die Pfaffen und Pfaffenmacher, haben auch die Regelung der Schulfragen den entscheidenden Einfluß ausgeübt. Unter dem Einfluß des Zentrums haben die Reichstagslisten — wieder einmal — ihre

### Sinauf zu Freiheit und Licht!

Von Lie Kurt.

Die jungen Damen und Herren in den Verkaufsräumen und Ausstellungsräumen der Firma Gebr. Leonhardt horchten erstaunt auf. Was mochte nur los sein?

Aus dem kleinen Schreibmaschinenzimmer, in dem sonst den ganzen Tag über stetig die Maschinen klapperten, vernahm man heftige Worte, auch die unermüdeten Finger der jungen Damen ruhten.

Ein Spion wurde ausgeschickt. Nachdem er sich erst durchs Schlüsselloch von der Abwesenheit der gestrigen Prinzipale überzeugt hatte, klinkte er energisch die Tür auf und trat ein.

Die Anwesenden, die sich sonst, wenn sie bei einem Plauderstündchen überrascht wurden, verlegen irgendeiner Arbeit unterzogen, stiegen sich diesmal gar nicht stören.

Die kleine Buchhalterin die eben ihre Post diktiert hatte glühte vor Aufregung, und der Lagerverwalter suchte energisch mit einem Stück Papier in der Luft herum, einer Wahlauforderung der Deutsch-Demokratischen Partei.

„Und ich sag's Ihnen noch einmal, diesen Witz können Sie zum Einwickeln Ihres Frühstücks verwenden, dazu mag er noch taugen. Meine Meinung ist jedenfalls die, daß man hier solche Schriften nicht finden, noch weniger verbreiten dürfte; einfach ungläublich ist's. Daß Frauen einen ziemlich engen Horizont haben, wußte ich bereits, daß sie sich jedoch so verhalten lassen ist mir unfaßlich.“

Hier unterbrach ihn aber die langjährige Buchhalterin: „Ich muß Sie ganz energisch bitten, Herr Weise, Ihre Worte erst zu überlegen, ehe Sie uns zu beleidigen wagen. Jedenfalls gibt es keinen gefährlicheren Feind als Sie; einzuwerfen möchte man Sie. Meinemwegen können Sie ja für Ihre „Unabhängigen“ Reklame machen, soweit Sie wollen, bei mir kommen Sie nicht an, das brauchen Sie sich wirklich nicht einzubilden. Tausendmal besser leben wir unter unserer alten Regierung; jetzt ist's eine ganz

verlobberte Wirtschaft, ein schönes Wirkungsfeld für Arbeiter und Kabaubrüder. Wohin soll das überhaupt führen, wenn die Herren Arbeiter ihre Ansprüche so wahrhaftig in die Höhe schrauben; und dann der ganze Jocegang — — — einfach lächerlich!“ „Dumme Gans!“ murmelte der junge Mann vor sich hin, und laut fügte er hinzu: „Nicht ein bißel Verständnis hat die Gesellschaft! Was wissen Sie denn überhaupt von der jahz-hote-angen Unterdrückung, dem elenden Leben unserer Arbeiter, zu denen ich übergehe mich und auch Sie rechte. Stellen Sie Ihre Nase einmal heraus aus Ihren Büchern und sehen Sie erst um sich, ehe Sie solchen Blödsinn in die Luft schweben. Sie freilich lassen sich von Ihren Eltern durchbüßern, und die Kröten, die Sie monatlich bekommen. Legen Sie auf die hohe Kante.“

Die junge Stenotypistin warf schlüchtern ein: „Aber die Menschen sind jetzt auch zu anpruchsvoll, wollen sogar von Religion nichts mehr wissen und machen sich selbst das Leben schwer. Wenn sie wüßten, welch eine Kraft und einen Frieden der Glaube gibt, dann — — —“

„Hören Sie mir bloß mit Ihrem Frieden auf! Das mag alles ganz gut und schön sein, und jeder kann es halten wie er will. Jeder Vernünftige wird aber fragen: Haben nicht alle Menschen die gleiche Vererdigung, ein unabhängiges Leben zu führen? Soll der Kern der Bevölkerung, die Mehrheit schweigend hunzern und verdrin, sich knechten und demütigen lassen, damit die Drehnen in Glanz und Ueberfluß schwebeln können? Doch was schwaße ich da, es ist ja alles umsonst das werden Sie ja nie verbaun!“ Und während wandte er sich dem Fenster zu.

Da fragte die Buchhalterin lächelnd die ältere Stenotypistin: „die bisher ruhig ihre Post geordnet hatte, dem Gespräch aber aufmerksam gefolgt war: „Nun Fräulein Lena, werden Sie auch wählen?“

„Werden Sie auch wählen?“ spöttelte es vom Fenster her. „Ja, schöner wird es! Ich meine d. h. das ist Ihre Pflicht und Schuldigkeit. Freilich, wenn man den Dämonen noch ein Karosse und Staatsrobe zur Verfügung stellt, würde der Weg zum Wahlort vielleicht anziehender und lohnender sein.“

Ruhig erwiderte ihm jedoch das erste Mädchen: „Gewiß, Herr Weise, kennen wir unsere Pflicht. Fräulein Vieding meinte es auch nicht in diesem Sinne; sicher interessiert es sie nur, welche Partei ich wählen werde. Wenn ich Ihnen aber den Namen nennen würde, erregte ich die Gemüter nur aufs neue. Darum will ich Ihnen nur sagen, was mich bewegt, Anhängerin jener Partei zu werden, und was mir auch sagte, ob wir Frauen das Recht oder die Pflicht haben, zu wählen. Drei Tage sind es meines Lebens. Darf ich Ihnen erzählen, was ich sah und hörte?“ Auf aller Wunsch begann sie leise:

„An einem kalten Winternachmittag trippelten zwei zarte kleine Mädchen eine der Hauptstraßen entlang. Dürftig waren sie bekleidet und schauerten vor Kälte oft zusammen. Auf dem Armchen des größeren lag ein Kleidungsstück, letzte Leuchte sie unter der Last und war froh, als ihr Ziel, einen Tröbelerladen, erreicht hatten.“

In dem niedrigen schmutzigen Raum trat ihnen eine Frau entgegen und fragte nach ihrem Begehren. Zitternd zeigte sie ihr den Mantel und boten ihm zum Verkauf an. Schüchtern traten sie einen Schritt zurück, als sie genau nach Namen und Adresse fragte und sie dabei scharf durch ihren Klemmer musterte. Leise gaben sie Auskunft, während die Frau wohlgefällig über den Stoff strich und nach längerem Plüßern mit ihrem Mann — 30 Pf. auf den Tisch legte.

Erschreden malte sich in dem Zügen der Kleinen, und bang freuten sie, ob sie wirklich nicht mehr bekommen könnten. Höflich lächelte die Frau auf und erklärte ihnen, wie unerhöht ihre Forderung sei, so daß die Kinder verlegen das Geld hinnahmen und übernd das Geschäft verließen.

Ihre jetzige Unterhaltung, die fast weinerlichen Worte verriet alles: eine große Familie, die Kinder alle noch klein, der Verdienst des Vaters langte nicht hin, das Nötigste zu decken. So mußte die Mutter den schwersten Schritt tun, zum Verkauf der doch fast unentbehrlichen Stücke schreiten. (Kostbarkeiten hatten sie nie besessen.)

Verheeren Grundsätze mit ihnen getreten, haben die Demokraten ihren Widerspruch gegen die Verschlingung der Einheitschule ausgesprochen.

Mit der Annahme des Schulkompromisses war auch zugleich der Religionsunterricht für die Schulen geregelt. Der Artikel 140 der Reichsverfassung bestimmt: „Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen, mit Ausnahme der beseitigten (weltlichen) Schulen...“ Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft, unter Aufsicht des Kultusministeriums des Staates erteilt.“

Was der Religionsunterricht für die Schule und die Schüler bedeutet, brauchen wir an dieser Stelle nicht näher darzulegen. Die Religion war besonders geeignet, die bestehende Gesellschaftsordnung zu schütten und die Klassenherrschaft stiller zu helfen. Deshalb lagten die Herrschenden so großen Wert darauf, daß die Religion den Kindern in der Schule eingepaukt wurde. Eine alte Programmforderung der Sozialdemokratie aber war die Weltlichkeit der Schule, die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule. Pflicht jeder sozialistischen Partei war es, nun mit aller Kraft für die Beseitigung des Religionsunterrichts in der Volksschule einzutreten. Um das „große Werk“ der Verfassung nicht zu gefährden, wurden die Rechtssozialisten auch in diesem Punkte ihrem Programm untreu. Zwar besteht nach der Verfassung kein gesetzlicher Zwang zur Teilnahme der Kinder an dem Religionsunterricht. Wo aber die Kirche noch einen großen Einfluß besitzt, wird an dem bestehenden Zustande gar nichts geändert; dort bleibt der Einfluß der Kirche auf die heranwachsende Jugend im vollen Umfange aufrechterhalten. Ebenso bleibt überall der ungerechte Zustand bestehen, daß die Kosten für die Erteilung des Religionsunterrichts nicht denen auferlegt werden, die von dem religiösen Erbsünde ihrer Kinder haben. Sondern von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

In Sachsen haben diese Vorgänge in der Nationalversammlung noch eine besondere Bedeutung. In Sachsen war durch das Übergangs-Gesetz die weltliche Schule eingeführt. Gemeinschaftlich mit den Unabhängigen hatten hier die Rechtssozialisten in der Nationalversammlung die Beseitigung des Religionsunterrichts beschlossen. Vom 1. April 1900 an sollte in den sächsischen Volksschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden. Da es nach dem Artikel 174 der Reichsverfassung bis zum Erlaß eines Reichsschulgesetzes bei der bestehenden Rechtslage bleibt und das sächsische Übergangsgesetz vor dem Antratsfakt der Reichsverfassung Gesetzeskraft erlangt hatte, mußte in Sachsen der Religionsunterricht aus der Schule verschwinden. Von den Dunkelmännern aller Schattierungen wurde aber dagegen Sturm gelaufen, weil das sächsische Gesetz angeblich nicht mit der Reichsverfassung vereinbar sei. In der Nationalversammlung wurden wiederholt, beziehungsweise auch von demokratischer Seite, Vorträge unternommen, die die Rechtsregierung zum Einschreiten veranlassen sollten. Die rechtssozialistisch-demokratische sächsische Regierung unterbreitete daraufhin im März dieses Jahres der Volkstammer einen Gesetzentwurf, nach dem der § 2, Absatz 2 des sächsischen Übergangsgesetzes aufgehoben und der Religionsunterricht weiter erteilt werden sollte; da aber die Mehrheit der Volkstammer an ihrer früheren Auffassung festhielt, mußte die Regierung ihren Entwurf zurücksiehen. Trotzdem hat der demokratische Kultusminister Dr. Siefert im Anfang April eine Verordnung erlassen, nach der bis zu einer endgültigen Entscheidung des obersten Gerichtshofes über die Gültigkeit der sächsischen Bestimmungen der Religionsunterricht weiter erteilt werden soll. Daß der „demokratische“ Minister kein Recht hat, so ohne weiteres Verfügungen zu erlassen, die dem Willen der Mehrheit des Parlaments widersprechen, liegt auf der Hand; doch das ist eine Sache für sich.

Wie die Entscheidung der Reichsbehörde ausfallen wird, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls beweist der Vorfall, daß ein einzelnes Land in seiner freiheitlichen Entwicklung nur gehindert werden kann, wenn im Reichslande eine reaktionäre Mehrheit vorhanden ist. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Lehre, daß es unbedingt notwendig ist, daß der jetzt zu wählende neue Reichstag anders zusammengesetzt werden muß als die Nationalversammlung. Wähler und Wählerinnen, denen an einer Abseparierung des Schulwesens in freier, sächsischer und juristisch-rechtlichem Sinne gelegen ist, dürfen ihre Stimme keiner der Parteien geben, die sich als so rückwärtlich und unangenehm erwiesen haben. Welche Parteien das sind, ergibt sich deutlich genug aus unserer Darstellung. Nur das Schulkompromiß von Weimar, das den Religionsunterricht der Volksschule aufzuheben, einer weltlichen Einheitschule den Weg ebnet und die Verschlingung der miteinander verflochtenen Schüler mit denen, deren Vater einen großen Wohlstand hat, verhindert, sind die Koalitionsparteien verantwortlich — das Zentrum, die Demokraten und die Rechtssozialisten. Daß von den Koalitionsparteien, den Deutschnationalen und den „Deutschen“ Volksparteiern, keine Fortschritte auf dem Gebiete des Schulwesens zu erwarten sind, braucht bei dem reaktionären Charakter dieser Parteien nicht besonders hervorzuheben zu werden. Weiblich

als einzige Partei, die auf dem Gebiete der Schul- und Kulturfragen mit aller Entschiedenheit die Interessen des werktätigen Volkes und des Fortschritts vertritt, allein übrig die Unabhängige Sozialdemokratie. Sie hat das verwerfliche Schulkompromiß mit aller Härte bekämpft. Ihre Vertreter sind in den Parlamenten im Reich, in den Staaten und in den Gemeinden erschienen und konsequent für eine Reform des Schulwesens nach sozialistischen Grundsätzen eingetreten. Der Unabhängigen Sozialdemokratie gehören deshalb die Stimmen aller wahren Freunde der Schule und des gesamten schaffenden Volkes. Merkt euch das, Wähler und Wählerinnen, und handelt danach, wenn ihr am 8. Juni eure Wahl zu treffen habt!

### Die Rechtssozialisten für den Frieden von Brest-Litowsk.

Der Frieden von Brest-Litowsk war die schwerste Bergewallung, die deutscher Militarismus dem russischen Volke, nicht der russischen Regierung — sondern der sich selbst verwaltenden Sowjet-Republik Rußland, zugefügt hat. Die Deutsche Tageszeitung, Post und Tägliche Rundschau prisen damals die Energie des Generals Hoffmann, der mit dem Gaußkrieg auf den Tisch die Verhandlungen in Brest-Litowsk legte. Nicht nur der Berliner Frieden hat den Frieden von Brest-Litowsk für ungültig erklärt, die Geschichte hat ihn selbst zu einer Farce gemacht. In der ganzen öffentlichen Meinung der Welt, auch der neutralen, ist dieser Frieden nie anders als eine schwere Bergewallung des russischen Volkes durch den deutschen Militarismus gedeutet worden. Die Rechtssozialisten haben damals nicht den Mut gefunden, aus energielosem gegen diesen Frieden Einspruch zu erheben und es ist gut, heute zu wissen und sich daran zu erinnern, daß damals und auch später noch die Rechtssozialisten sich energisch für diesen Frieden eingesetzt haben. So schrieb noch im August 1919 Herr Sellmann: „Nichts liegt uns fern, als heute der Partei einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie damals nicht für den Brest-Litowsk-Frieden gestimmt hat. Es war überleben ängstlich und international gewissenhaft, daß die alte sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Brest-Litowsk-Frieden nicht zustimmte, sondern sich dabei der Stimme enthielt.“ Die sozialdemokratische Freie Zeitung schrieb damals zu diesem Bekenntnis des Herrn Sellmann: „Wir wissen, daß der Genosse Sellmann es noch herzlich als einen schweren Fehler der Partei bezeichnet hat, daß sie nicht für den Brest-Litowsk-Frieden gestimmt habe. Offensichtlich scheint er das ja in seiner Korrespondenz nicht mehr ganz aufrechterhalten zu wollen.“

### Ein Aktentafel auf die Freizügigkeit der Landarbeiter.

In aller Eile bereitet sich ein geradezu ungeheuerlicher Versuch vor, die Freizügigkeit der Landarbeiterschaft aufzuheben und zwar durch einen sogenannten Entlassungsgesetzesentwurf. Während der Landwirtschaftsminister in Preußen es abgelehnt hatte, die Freizügigkeit der Landarbeiter durch Entlassungsgesetze, d. h. also für Verordnungen über ordnungsmäßigen Austritt aus einem Dienstverhältnis, zu beseitigen, vielmehr die Materie gesetzlicher Regelung überlassen wollte, versuchen nunmehr eine Reihe von Demobilisierungskommissionen auf Grund der Verordnung über wirtschaftliche Demobilisierung die Landarbeiter fest in die Hand ihrer agrarischen Ausbeuter zu geben. Die Anregung dazu ging aus vom Preussischen Regierungspräsidenten und Demobilisierungskommissar, der unterm 21. März 1920 seinen Kollegen im Lande nachstehenden Entwurf einer Verordnung, betreffend Einführung von Entlassungsgesetzen für inländische Landarbeiter, zur Kenntnisnahme übermittelte. Er beabsichtigte, diese Verordnung etwa zum 15. April d. J. zu erlassen, falls die überlegende Anzahl von Demobilisierungskommissionen seinem Beispiel folgen würde. Der Entwurf enthält folgende Bestimmungen:

I. Landwirtschaftliche Arbeitgeber haben den in ihren Betrieben beschäftigten inländischen landwirtschaftlichen Arbeitern bei ihrem ordnungsmäßigen oder vorvertragsmäßigen Abgange eine Bescheinigung hierüber (Entlassungsschein) auszustellen. Diese Bescheinigung kann durch einen Nachweis des für den bisherigen Arbeitssort zuständigen Kreis-Arbeitsnachweises ersetzt werden.

II. Dem ordnungsmäßigen Abgange des Arbeiters steht es gleich, wenn das Vertragsverhältnis ohne sein Verschulden vorzeitig gelöst wird. In diesem Falle tritt an die Stelle des Entlassungsscheines eine Bescheinigung der für den bisherigen Arbeitssort zuständigen Kreispolizeibehörde darüber, daß der Arbeitnehmer zur Erlangung des eingegangenen Vertrages berechtigt war.

III. Landwirtschaftliche Arbeitgeber dürfen nur Arbeiter in ihren Betrieben einstellen, die im Besitze der zu I oder II vorgeschriebenen Bescheinigungen sind.

IV. Wer dieser Verordnung vorsätzlich zuwiderhandelt, wird gemäß § 6 der Verordnung vom 7. 11. 18 mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft.

Eine Reihe von Demobilisierungskommissionen, so z. B. in Westfalen, hat bereits ihre Zustimmung zum Erlaß einer solchen Verordnung erklärt. Sie bedeutet im Prinzip nichts anderes als eine Neu-

Bestimmung der vorerwähnten Bescheinigung, der die Landarbeiterschaft bis zum Ausbruch der Revolution unterstand. Sie bedeutet weiter aber auch eine schwere Fesselung des Landproletariats an den Agrarier, die, wenn sie rechtskräftig würde, jede Lohnforderung der Landarbeiter glatte abweisen könnten. Haben sie sie doch vollständig in der Hand, weil sie anderswo Arbeit finden könnten nur auf Grund des von ihnen ausgestellten Entlassungsscheines.

Die ganze Besetzung des vormärzlichen Obrigkeitstaates zugunsten des Besitzes, gegen die Arbeiterschaft, spricht aus dem obenstehenden Entwurf. Er darf unter keinen Umständen rechtskräftig werden. Die Landarbeiterschaft muß sich mit aller Energie gegen diese Anhebung ihrer freien Arbeit zur Wehr setzen. Vor allem aber muß sie am 8. Juni die Dultung auf solche Versuche zu ihrer sozialen Rechtsmachung erteilen, indem sie gegen das bestehende System stimmt, das sie überhaupt erst ermöglicht. Sie kann das, indem sie ihre Stimme gibt den Vertretern des revolutionären Sozialismus, den Kandidaten der USPD.

### Vom Sündenkonto der Sozialdemokratischen Partei.

Die Rechtssozialisten gebürden sich während des Wahlkampfes, als ob es die Zeit vom Dezember 1918 bis zum Mai 1920 überhaupt nicht gegeben habe. Es ist deshalb notwendig, sie an einzelne ihrer Glanzleistungen zu erinnern. Ich schon vergessen, daß der Vorwärts als erster es war, der die Nachricht der von Herrn Sellmann und Herrn Hofrichter herausgegebenen Politik-Parlamentarischen Nachrichten verbreitet hat, daß die Arbeiterräte bereits in den ersten Wochen ihres Wirkens über 800 Millionen Mark verschleudert hätten? Die reaktionäre Presse, an der Spitze die Deutsche Tageszeitung, ist weiter mit dieser Behauptung des Vorwärts kreben gegangenen. Der Vorwärts hatte den Reaktionsären das Material zur Bekämpfung der Revolution gegeben.

Ich schon vergessen, daß der Vorwärts bis in den September des Jahres 1919 hinein das ungeliebte Volkstums-Unternehmen, das damals dem deutschen Volke eine neue Auflage der Blockade bescherte, verteidigt hat?

Ich vergessen, daß, als damals der Oberst Reinhardt die Regierung in provokatorischen Versicherungen beschimpfte, der Vorwärts sich aufs heftigste dagegen wehrte, daß der „Fall Reinhardt“ gleichgültig ein „Fall Noke“ sei?

Ich schon vergessen, daß der Vorwärts im September 1919 und auch weiterhin sich dauernd als der Verteidiger der Einwohnerehren, der Bewahrung der bürgerlichen Gegenrevolution gebärdet hat?

Ich schon vergessen, daß der Vorwärts es war, der mit der Parole von der Diktatur der Mitte vor den Herren Reinhardt, von der Volk, Wittich, Oberst Bauer, Major Bischoff, also auch vor den Vorbereitungen zum 13. März stand?

### Wie der Vorwärts sich selbst verurteilt.

Die Rechtssozialisten möchten heute bekanntlich der Welt weismachen, daß sie mit ihrem Geschrei nach der Ablehnung des Friedensvertrags, mit ihrer Aufforderung des deutschen Volkes, mit dem Schwur des Herrn Ebert und der verdorren Hand des Herrn Scheidemann, das deutsche Volk vor dem Schicksal des Untergangs bewahrt haben. Es ist deshalb gut, sich daran zu erinnern, was nach dem aus parlamentarischen Rücksichten inszenierten Nummern im Vorwärts am Sonntag, dem 13. Juli 1919, Herr Paul Raabe schrieb, nachdem wenige Tage vorher die Vorwärts-Redaktion ihre Bluff-Politik, das Geschrei, mit dem sie die Entente stützen machen wollte, verteidigt hatte: „Nachdem ich damals zu den Ausführungen des Grafen Brockdorff-Rantzau:

„Jeder Versuch der Spekulation auf sentimentale oder bangerherzige Regungen bei diesem Feinde war von vornherein ausfallslos. Ebenso wie es jeder Versuch einer „Bluffaktion“ war, in einem Augenblick, wo die Gegenparteien über unsere Ohnmacht und unsre Ohnmachtsstimmung so reiflos informiert war. Das Ausland besaß die Fähigkeit, die Stimmung bei uns zu beurteilen, besaß sie nicht erst in den Wochen der Berliner Verhandlungen, sondern besaß sie seit Jahren. Uns ist die Stimmung der Ausländer in der ganzen Kriegszeit fremd gewesen. Wir waren stets die Blinden, waren es in Versailles und sind es, wie man aus ungezählten Zeitungsartikeln und auch jetzt wieder aus der Zukunft des Grafen Rantzau sehen kann, bis auf den heutigen Tag. Und dieses Nicht-erkennen der Wirklichkeit, dieses innere Sträuben gegen die Erkenntnis von Dingen, die nun einmal unabänderlich sind, verurteilt unsere ganze Außenpolitik-praktisch zur Unfruchtbarkeit, bringt uns dem Ausland gegenüber zu offensichtlich in Nachteil.“

Es wurde auch in den Tagen von Versailles sehr viel Stimmungsmache bei uns getrieben. Es wurde so dargestellt, als ob das feindliche Ausland die mögliche Ablehnung des Friedensvertrags „fürchte“. Wer nur einigermaßen die Presse des Auslandes verfolgte, wer zu lesen und die Stimmungen zu beurteilen imstande war, der konnte von solcher Furcht nichts merken.“

Auf 2. März hatte die arme Frau gerochen, 30 Pfennige brachten die Kinder heim; die Geldscheine hatten sich kein Gewissen daraus gemacht, die armen Kinder zu betrügen.

Was nützen diese drei Groschen? Hungernd und frierend legten sie den weiten Weg zurück. Sie dachten an die Tränen der Mutter. Sicher würde zu Hause, wenn sie auch der Hunger quälte, keine Bitte um Brot von ihren Lippen kommen.

Das war der erste Tag.

In einem Mittag verließ ich wieder einmal das Geschäft, um während der kurzen Zeit mein Wahl einzunehmen. Wohllich trat mir eine Freundin entgegen, verstimmt war ihr ganzes Wesen, die Augen sprachen von heißen Tränen; sicher mußte etwas ganz Außergewöhnliches geschehen sein. Freundlich rebete ich ihr zu, mir ihr Leid anzuerkennen, und zog ihren Arm in den meinen. So schritten wir zusammen meinem Heim zu, und nachdem sie sich etwas beruhigt hatte, begann sie:

„Du weißt, daß ich meine letzte Stellung aufgegeben habe, weil mir die Arbeit zuviel wurde. Es war eine wahre Hölle, von früh 8 Uhr bis spät in die Nacht hinein, nie kam ich zur Pünktung, ganz elend wurde ich mit der Zeit. Dazu das lächerliche Gehalt, nie reichte es weiter als meine monatlichen Schulden zu begleichen. Ich habe oft gegrübelt, wie dies zu ändern sein könnte. So entschloß ich mich zum Abgang, nachdem man mir eine kleine Zulage verweigert hatte. Jetzt aber tritt die Not erst an mich heran. Täglich verjagt mich mein Glück. Vergebens! Zu wenig Stellen waren ausgeschrieben, und die wenigen Firmen boten mir Betteleien. Ganz entmutigt ging ich heute wieder zu einer Firma, mir war alles so gleichgültig. Nach vielen Erläuterungen gelangte ich endlich in das Privatzimmer; ein kleiner dicker Herr empfing mich. Nachdem ich mein Anliegen vorgebracht

hatte, mußte er mich von oben bis unten, und sein Mund verzog sich zu einem Lächeln. Schon glaubte ich ein „Leider geben!“ vernahmen zu müssen, da hat er mich plötzlich Blag zu nehmen und sagte: „Genüß hätte ich eine glänzende Stellung für Sie, es liegt jedoch ganz in Ihrer Macht, sich diese zu erwerben und zu sichern.“ — An das, was er mir nun zu verstehen gab, wage ich kaum noch zu denken. Eine maßlose Wut packte mich, schlagen hätte ich diesen Erbarmlichen mögen und konnte es doch nicht, fast ohnmächtig lehnte ich an dem Sessel. Wie ich hinausgekommen bin, weiß ich nicht mehr. Kann es überhaupt solche Gemeinheit geben? Ist's nicht bitter genug, daß wir uns um einen Stundenlohn quälen, so daß wir uns abends die hämmernenden Schläfen halten müssen? Auch das magt man uns noch zu bieten. O, diese elenden Menschen! Ich habe es so satt, nirgends mag ich mehr hingehen, immer schwebt das Bild jenes Scheusals vor meinen Augen.“

Und bitterlich schluchzend schlugte sie sich an meine Schulter. Ich liebte sie in ihrer Hand sprechen konnte ich nicht. Dasselbe Schicksal konnte ja früher oder später auch das meine sein. Das war der zweite Tag.

Sehr brannte die Sonne, Menschen und Tiere leuchteten unter der Schwüle und sehnten sich nach Erquickung. Ich wartete auf die Straßenbahn, immer bester kamen die Wagen an, an baldiges Mitkommen war nicht zu denken; mühsam schritt ich auf und ab. Da fiel mein Blick auf einen alten Zeitungsverkäufer, der unermüdetlich hin und her lief, das große Haupt ohne Sonnenhut, „Eld“ und „Kummer“ sprach aus seinen Äugen und seiner zerlumpten Kleidung. Ich vernahm plötzlich einen kurzen Ruf und sah ihn hinüber-eilen zu einem elegant gekleideten Herrn, der neben mir stand.

Gattin die Drohke bestieg. Geschätzte zog der alte Mann eine Zeitung hervor und reichte sie jenem hin, während der Herr nach einem Geldstück suchte. Die Dame führte mit keiner, brillanten befehter Hand ihr Lognon an die Augen und musterte ungeniert die Armut des alten Mannes, dessen Antlitz bei dieser Wahrnehmung eine tiefe Röte überzog. Endlich hatte der Herr das Geluchte gefunden und gab mit spitzen Fingern in weitem Bogen das Geldstück hin; er hätte sich beschämen und entwürdigten können, wenn er zufällig die Hand des Alten berührt.

In mir aber rief es bei diesem elendsten Anblick heiß empör, eine beizende Bemerkung schwebte mir auf der Zunge. Ich schwieg aber; diese Menschen sind es ja gar nicht wert, daß man sie eines Wortes würdigt.

Das bleiche Mädchen hatte geendet, unendlich schwer mußten ihr diese Worte gefallen sein, oft hatte sie die Erregung über-mann. „Es sind nur Bruststücke der Tragik und des Schmuhs des Lebens; dennoch frage ich Sie: Soll das Elend, die Demütigung und die Not fortauern? Soll unsern Kindern, unsern Müttern das gleiche Los beschieden sein? — Nein und tausendmal nein! Sträuben müssen wir uns mit Händen und Füßen, einmal muß auch uns mit der Morgenröde ein schöner Tag anbrechen.“

In wildem Schmerz rief sie es aus, und selber sagte sie zu: „Ja, ich werde wählen. Euch Genossen, Dir mein tapferes Volk gilt mein Kampf. Waget und laßt Euch nicht unterliegen!“ Stille herrschte in dem kleinen Raum, erst und erschütterter sahen die Anwesenden auf das junge Mädchen. Sie wußten, aus ihm sprach mehr als die Absicht, vor den Kollegen zu glänzen, zu hegen oder zu überlegen. Schweigend reichte der Lagerverwalter dem Mädchen die Hand.

102) Der Jahrmakrt des Lebens.

Ein Roman ohne Helben von William Makepeace Thackeray.

Rebecca konnte sich jetzt an ihren Feindinnen rächen. Es wurde im Hotel bekannt, daß Kapitän Crawleys Pferde zurück-

„Wie ist die Kammerjungfer zu schiden?“ rief Frau Crawley

„Was tut nicht die Koll! Die Gräfin machte nach dem Miß-

„Ich mag mir nicht von Exekutionsbeamten in Voree auf-

Rebecca hatte das Vergnügen, Lady Baracres in dem un-

Während sie sich noch an der Demütigung ihrer Feindin

„Sein verändertes, schreckliches, fettes Gesicht verriet sein

„Als Joseph an seine Freundin herankam, legte er ihr die

„Wie, Sie fliehen?“ sagte Rebecca. „Ich glaube, Sie

„Ich — ich bin kein Soldat.“ flötete er.

„Und Amalie? — wer soll Ihr armes Schwesterchen be-

„Was kann ich ihr nützen, wenn — wenn der Feind kommt.“

„Entsetzlich!“ rief Rebecca, sich an seiner Verlegenheit wei-

„Mebrigens will ich Sie auch nicht verlassen.“ schrieb der Ex-

„Ich habe zwei zu verkaufen.“ sagte die Dame. Joseph hätte

„Meine Pferde sind noch nie im Geschirr gewesen.“ sagte

„Ruhig wie ein Lamm und schnell wie ein Hase.“ sagte die

„Glauben Sie, daß ihm mein Gewicht nicht zu viel ist?“

Er sah in Gedanken schon auf dem Pferde, ohne an die

Rebecca lud ihn also ein, auf ihr Zimmer zu kommen, wohin

Joseph hatte letzten eine so teure halbe Stunde in seinem Leben

„Ruhig wie ein Lamm und schnell wie ein Hase.“ sagte die

Joseph schloß endlich, wie sich erwarten ließ, den Kauf ab.

Die Summe, welche er ihr zu zahlen hatte, war so bedeutend,

„Höchstlich zu machen.“ Da er also fürchtete, unausgerichtet zu werden

Wir glauben es dem ermordeten Hans Paasche schuldig zu sein,

Dr. Georg Graf Kros. Eduard Bernkeim. Max Déri.

Dr. Gumbel. Otto Lehmann-Rußwülke. Professor

Diener mit dem Aufkämen der Pferde beschäftigt zurück, während

Während Josephs Kauf mit Rebecca abgeschlossen und die

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

„Sieg oder Niederlage war jedoch für die, deren einziger

Städtische Theater. An dem angekündigten Rollenspieler

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

„Sozialistischer Liebes- und Lesabend. Donnerstag, abends

Kleine Chronik.

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

„Kleiner Melzerprophet des Schillervereins. Frauenstü-

Eingelautene Schriften.

Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

„Die 4. Wahlnummer der Freien Welt ist erschienen und stellt

# Wichtige Bekanntmachungen.

Nach dem untern 6. Mal erlassenen Gesetz, betreffend Telegrammen- und Fernsprechngebühren, erhöht sich vom 1. Juli 1920 an im Bereiche des Dreiecksverkehrs Leipzig die Pauschalgebühr für Anschläge von 360 Mark auf 780 Mark und die Grundgebühr von 200 Mark auf 440 Mark. Jeder Fernsprechnnehmer ist berechtigt, seinen Anschlag bis 15. Juni 1920 zum 30. Juni 1920 zu kündigen oder vom 1. Oktober 1920 ab, soweit zulässig, für solche Anschläge, für welche bisher Pauschalgebühren entrichtet wurden, die Grundgebühr von 440 Mark, sowie Gesprächsgebühren (für jede Verbindung 20 Pfg., mindestens jedoch für 400 Gespräche 80 Mark jährlich) zu zahlen.

Telnehmer, die bis zum 15. Juni bei dem Fernsprechnamt in Leipzig eine solche Erklärung nicht abgegeben haben, werden vom 1. Juli an zur Zahlung der erhöhten Pauschal- und Grundgebühr herangezogen werden.

Der nach § 3 des Gesetzes zu leistende einmahlige Beitrag von 1000 Mark, bezw. 200 Mark, ist bei Anschlägen, die bis zum 1. Oktober 1920 aufgehoben werden, nicht zu entrichten.

Leipzig, den 2. Juni 1920.  
Ober-Volkdirektion.

**Reichs-Reisebrotmarken.**  
XIV. Nachtrag zur Bekanntmachung v. 18. 8. 19.  
Die Reisebrotmarken erhalten durch eine Verfeinerung eine Neugestaltung. Bis auf weiteres gelten die alten u. neuen Marken nebeneinander. Ein Umtausch der alten in neue Marken findet nicht statt.  
Vom 7. 6. 20 an werden Reisebrotmarken nach Maßgabe der gewährten Wochenportionen an Brot ausgehändigt.  
Die Bef. über Reichs-Reisebrotmarken vom 21. 2. 18 findet weiterhin Anwendung, insbesondere wegen der ungenügenden Entwertung der Reisebrotmarken durch die Bäcker, Händler, Gastwirte usw.  
§ 8 Punkt 4 Abs. 2 der Bef. vom 18. 8. 19 und Abschnitt II der Bef. v. 7. 2. 20 erliegen hier.  
Leipzig, den 2. Juni 1920. Ernährungsamt I.

# Knauffleebberg.

Fortuna-Bad. Für das von der Gemeinde neu errichtete Fortuna-Bad, Kur- und Sportbad, in Knauffleebberg wird zum Antritt per 1. Juli 1920 ein Geschäftsführer und 1. Bademeister, vorläufig für die Zeit bis 1. Oktober 1920, gesucht. Derselbe muß imstande sein, den ganzen Betrieb selbständig zu leiten, die erforderlichen kaufmännischen Kenntnisse besitzen und gewandt im Verkehr mit Publikum und Sportvereinen sein. Bewerbungen sind bis 8. Juni 1920 an den Gemeindevorstand einzulegen. Persönliche Vorstellung wird nur nach Aufforderung angenommen.  
Knauffleebberg, den 2. Juni 1920.  
Der Gemeindevorstand.

Fortuna-Bad. Für das Fortuna-Bad Knauffleebberg werden zum Antritt per 15. Juli 1920 ein 11. Bademeister und eine Bademeisterin gesucht. Es kommen nur geprüfte Personen in Frage, denen längere Erfahrungen zur Seite stehen und

die vollkommen perfekt und gewandt im Verkehr mit dem Publikum sind.  
Bewerbungschriften mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an den unterzeichneten Gemeindevorstand erbeten. Persönliche Vorstellung wird nur nach Aufforderung angenommen.  
Knauffleebberg, den 2. Juni 1920.  
Der Gemeindevorstand.

# Markranstädt.

Die Ausgabe der neuen Fleischkarten erfolgt krassenweise am Freitag, dem 4. Juni 1920, in den bekannten Ausgabestellen in der Zeit von 1/2-1/3 Uhr gegen Vorlegung der Ausweiskarte.  
Markranstädt, am 2. Juni 1920.  
Der Stadtrat.

# Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis 1/2 Uhr.



## Kommen Sie,

ehe Sie anderweitig kaufen, nach der Markthalle, Stand 147-151, und überzeugen Sie sich von meinen staunend billigen Preisen in

**fetttiefenden Schottenheringen und Stoeffullsheringen**  
Das Allerfeinste, was es gibt

**Frische Seefische spottbillig**  
Freitag früh Eingang einer Ladung blutfrischer Seefische Pfd. 2 Mk.  
Wiederverkäufer Vorzugspreise

**R. Schädel, Telefon 12239**

## Unentbehrlich für den Wahlkampf!

# Der Bankrott des Reformsozialismus

von Karl Marchionini.  
Preis 2,50 Mk.

Unsere Ältalen und die Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

**Leipziger Buchdruckerei K. G.**  
Abteilung Buchhandlung  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

## Familien-Nachrichten

Nach kurzem Krankenlager starb an Herzschwäche im 80. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- u. Schwiegervater, der Boarrenarbeiter

# Friedr. Bernhard Voigt.

L. Stütter, Holzhäuser Straße 60.  
In tiefer Trauer  
Ida Voigt geb. Arnold  
im Namen familiärer Hinterbliebenen.  
Die Einäscherung und Trauerfeier findet Sonnabend, 6. 6., vorm. 11 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus statt. Blumenpenden dankend abgele.

An den Folgen eines im Felde zugesagene schweren Lebens verstarb am 2. Juni, im Alter von 40 Jahren, mein lieber guter Mann, der treuherzige Vater seiner vier Kinder, unser guter Sohn, Schwiegerjohn, Bruder, Schwager und Onkel

# Walter Poppe.

In tiefstem Schmerz zeigen dies hierdurch an  
Leipzig, Wiesenstraße 25.  
Anna Jerw. Poppe geb. Kämpfe nebst Kindern.

Am Dienstag, dem 1. Juni starb nach längerer Krankheit unsere Mitarbeiterin, Frau

# Rosalie verw. Fritzsche.

Die Verstorbene war seit Anfang 1900 in unserer Genossenschaft tätig und hat durch treue Mitarbeiterfüllung sich alleseitige Hochachtung erworben.  
Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
L. Wagitz, den 3. Juni 1920.  
Die Verwaltung und das Gesamtpersonal des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz u. Umgegend, E. G. m. b. H.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!  
Nach langem schwerem, mit Gebuld ertragenem Leiden verstarb Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, unsere gute innigstgeliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

# Emilie verw. Mustopf geb. Schubert

im Alter von 68 Jahren. Wer sie gekannt, wird unsern Schmerz empfinden.  
Tiefbetrübt zeigen dies nur hierdurch an  
L. W. d. e. r. n., Schubertstraße 1, II. I.  
Die Trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Südlichen Friedhofs aus statt.

Statt Karlton.  
Helmgeliebt vom Grabe unser teuren Entschlafenen

# Martha Reinecke geb. Fellscher

legen wir hiermit allen für die rege Teilnahme unsern herzlichsten Dank.  
Leipzig, den 2. Juni 1920.  
Willy Reinecke und Hinterbliebene.

Die Einäscherung unseres  
**Herbert Donnopp**  
findet Freitag, mittags 12 Uhr, Südfriedhof statt.

Freisch eingetroffen:

**Reiner Rauchtobak**  
Renner . . . 100 Gr. 6,50 Mk.  
Jägerfreude 100 . . . 5.-  
70 . . . 5.-  
Soll. Tabak . . . 50 . . . 3,50  
Feinst. Tabak 100 . . . 5.-  
50 . . . 3,50  
Columbia . . . 50 . . . 4,50  
Jägertabak . . . 50 . . . 3.-  
Portorico . . . 50 . . . 4,50

**Zigaretten**  
Cairo Victoria Stück 40 Pfg.  
Excellens . . . 40 . . .  
Oberst . . . 50 . . .  
Erlentron . . . 60 . . .  
Da Capo . . . 60 . . .  
Zigaretten Stück von 70 Pfg. an  
Elisabeth Müller, Plg.-Gebr.  
Seiberstr. 39 (neue Volksh.)

## Schellfisch

Pfund 2 Mark

**MERSEBURGER**  
Schleusstra. Rößelstraße 20.  
Strohlocherstraße

## Firnis- und Lackfarben

Leinölfirnis garant. rein.  
empfehlen  
L. O. Kaspar Nachf.  
Blagwitz, Ecke Plagwitzer  
und Weiskeller Straße.

## Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen

von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1848-1849  
von Dr. Curt Geyer  
Preis brochiert 8.- Mark  
Leipziger Buchdruckerei A. G.  
Abteilung Buchhandlung  
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.  
Postcheckkonto Nr. 53477.  
Die Ausdräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

## Halt! Aufgepaßt! Halt!

Frau Wittelen  
kauft immer für alte u. neue  
Wäsche, Herren- und Damensachen sowie alte Herrenhosen, einzelne Möbelstücke sowie ganze Wirtschaften, Leibhausheine, Gardinen, Teppiche, Stores sowie jeden alten Schmuckgegenstand.  
Lortzingstraße Nr. 12,  
am Fleischerplatz, Tel. 13 150.

## Kaufgejuche

**Militärtuch-Altler**  
Ans., Hosen, Mänt., Dreßf., f. Rd., Fromannstr. 12, 2. Ad.

**Kaufe Herren- u. Damen-Garderobe, Wäsche, Gard., Stores, Uhren, Ringe, Gold- u. Silberwaren, Leibhausheine Grünbaum.**  
Berliner Straße 24, D. II. I.

**Frau Kummer, Reichsstr. 14, II.**  
kauft Herren- und Damen-Gard., Leibhausheine, Wäsche, Federbetten usw. Tel. 10527.

**Weltwäse, n. u. geb., Wäsche all. u. Leibhausheine, Federb., Herr- u. Dam.-Garderobe, taufte G. Kummer, Mittelstr. 13, I.**

**Beitelle m. W., Federbetten sucht Bayerische Str. 42, II. I.**  
Klavier, alt, zu ff. gesucht.  
Dofmann, Kapellenstr. 10, VI.

**D. u. D.-Rad ohne Gu., taufte H. Weidmannstr. 2, D. VI.**  
D. n. S.-Rad, m. o. ohne Gu., taufte Kohlgartenstr. 44, II.

**Drahtbette für Holzstelen, 28 x 17, zu kaufen gesucht.**  
Ans. u. H. 39 Exp. d. Bl. erb.

**Sportwa. m. Verb. f. Pläntner, Gutz., Delfischer Str. 73, I.**  
Rd.-Klavon, m. Bd., guterh., f. Schubert, Brandvorw. 55

**Ein Bräunen-Feldstecher gesucht**  
Emilienstraße 40, I.

## Achtung Hausfrauen!

Einkauf von  
**Zeitungen :: Büchern  
Mospapier  
Lumpen :: :: Altmetalle**  
Richard Bähler, Bollm.  
Bogislavstr. 19, Tel. 60 378  
Man achte a. d. Hausnummer

(Fortsetzung.)  
Freitag, den 4. Juni, abends 1/8 Uhr:

**Göbchelwitz-Seehausen im Gasthof Göbchelwitz**  
abends 8 Uhr. Referent: Genosse Friedemann, Leipzig.

**Leutzsch im Alten Gasthof** Referent: Volkshammermitglied Genosse Artur Denuhardi.

**Burghausen-Gundorf im Gasthof zu Gundorf**  
Referent: Genosse Max Rank.

**Taucha im Goldenen Löwen** abends 8 Uhr. Referent: Sekretär Genosse Karl Schrörs.

**Kartmannsdorf im Gasthof** Referent: Kaufmann Genosse Rebrig.

Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr:

**Zwenkau im Ratskeller** Frauenversammlung. Referentin: Reichstagskandidatin Genossin Berta Thiel, Leipzig.

**Raunhof im Gasthof zum Stern** Referent: Reichstagskandidat Genosse Erich Schilling.

**Bösdorf im Gasthof** Referent: Genosse Hermann Diebmann.

**Dölzig im Gasthof zum Löwen** Referent: Parteisekretär Genosse Karl Schrörs.

**Sieha im Gasthof** abends 1/9 Uhr. Referent: Genosse Max Schlegel.

**Stahmeln in der Linde** Referentin: Genossin Auguste Hennig.

**Espenhain im Gasthof** Referentin: Genossin Anna Kühn, Leipzig.

Thema in allen Versammlungen:

1. Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl.
2. Freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Hauptvorstand.

# U.S.P.D. Groß-Leipzig

Freitag, den 4. Juni, abends 1/8 Uhr  
Große

# öffentliche Wähler-Versammlungen

im großen Saale des Zentraltheaters, Eingang Gottschedstraße  
im großen Saale des Volkshauses, Zeiger Straße 32.

Referenten sind:  
im Zentraltheater Reichstagskandidat u. Stadverordnetenvorsteher Genosse Fritz Seger,  
im Volkshaus Reichstagskandidat Genosse Fritz Geyer.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. Die Reichstagswahl und die U. S. P. D.
2. Freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Hauptvorstand Groß-Leipzig U. S. P. D.

# Wählen Sie BAUMANN

Fischwaren-Großhandlung  
Windmühlenstraße 42  
bei Ihrem Einkauf von

## Seringen!

3 Doppel-Waggons

## Salz-Boll-Seringe

Sorte II  
Pfund 2,50 Mark

Sorte I  
Pfund 3,50 Mark

Serings-Rogen Serings-Milch  
Pfund 1.- Mark      Pfund 1,50 Mark

Aus eigener Räuchererei

10 000 St. prima Bachsheringe  
Stück 1,75 Mark

Salzheringe in Originaltonnen  
Kübeln und Eimern für Wiederverkäufer billigt.

## Billige Lebensmittel!

Vollkorn Pfd. 6,90, Weiße Bohnen Pfd. 2,50 Mk.  
Grüne Erbsen Pfd. 2,85, Haferflocken Pfd. 3,50 Mk.  
1a Holl. Kakao 1/4 Pfd. 6,75 Mk. bei

# Alfred Kriegel Nachf.

L.-Lindenu, Merseburger Str. 70, Ecke Kaiserstr.

## Fischwaren-Handlung Richard Voigt

Tel. 60661 Eisenbahnstr. 121 Tel. 60661  
empfiehlt von heute ab

## 80 000 Pfund gesunde Schollen-Heringe

sehr fleischig und saft - ganz bedeutend unter Preis - pro Pfund 5,50 Mk.  
In Tonnen für Fabriken passend, demnach billiger.

## Prima grosse Salz-Heringe

ebenfalls gesunde Ware  
Sorte II 2,40 Mk. - Sorte I 3,40 Mk.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. Juni.

Parteiangelegenheiten.

U. M. Heute abend 7 1/2 Uhr zwei große Wählerversammlungen im Albergarten und in den Drei Mühren. Referenten sind die Genossen Paul Blotitz und Karl Göhse (Zwenkau).

Thonberg-Neureuditz. Heute, abends 7 Uhr, in der Bibliothek Zusammenkunft aller Beisitzer mit ihren Helfern und örtlichen Wahlkomitees.

Connewitz. Funktionäre sowie Genossen und Genossinnen, die sich für die Wahlarbeit eingezeldet haben und noch einzeln lassen wollen, treffen sich Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Gambrius.

Reuzsch. Alle Funktionäre und Mitglieder, die Wahlarbeit verrichten wollen, haben sich Freitag, den 4. Juni, in der Zeit von 7 1/2 bis 8 Uhr im Schwarzen Jäger (Kleiner Saal) einzufinden.

Wähnia. Alle Genossinnen und Genossen, die sich an den Wahlarbeiten beteiligen wollen, treffen sich Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Stern.

U. M. Leipzig. Donnerstag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr, treffen sich alle Funktionäre und Genossen, die Wahlarbeit verrichten, im Gasthof Stadt Leipzig.

Die Schlussabrechnung.

Die wenigen Tage vor der Wahl werden von den bürgerlichen Parteien zu einer wilden Wahlagitation benutzt. Dieser Agitation muß die ganze Wucht unserer Parteiarbeit entgegengestellt werden. Deshalb ist es notwendig, die Wählermassen in unsere Versammlungen zu bringen. Am Donnerstag und Freitag sind von unserer Partei noch eine große Anzahl Versammlungen angesetzt, für die die Parteigenossen und Genossinnen fleißig werden müssen. Unter diesen Versammlungen haben wir die am Freitag stattfindende Zentraltheaterversammlung, in der Genosse Seeger spricht, und die Versammlung im Volkshaus, mit Genossen Friedrich Seeger als Referenten, besonders hervor. Die Versammlungen müssen durch ihren starken Besuch zu wichtigen Kundgebungen für die Unabhängige Partei werden. Sorgt für Massendurchsicht!

Die Erhebung der Einkommensteuer.

Nach dem Reichseinkommensteuergesetz muß die Einkommensteuer auf Grund des Einkommens vom Jahre 1920 entrichtet werden. Die Steuer müßte nach dem Ablauf des Kalenderjahres, also erst Anfang 1921 entrichtet werden. In den Uebergangsbestimmungen ist aber eine vorläufige Steuererhebung vorgesehen. Es ist daher angeordnet worden, daß die Steuern vorläufig nach der letzten Veranlagung in den einzelnen Ländern erhoben wird. Nach diesem Einkommen wird die Steuer auf Grund des neuen Tarifs des Reichsgesetzes berechnet. Steuerpflichtig ist nur der den Betrag von 1000 M. übersteigende Teil des Einkommens. Der steuerfreie Einkommensanteil erhöht sich für jede zur Haushaltsführung des Steuerpflichtigen gehörige Person (Ehefrau, minderjährige Kinder usw.) um 500 M. Wenn das Einkommen des Steuerpflichtigen 10 000 M. nicht übersteigt, so können nicht nur 500 M., sondern 700 M. für die zweite und jede weitere Person unter 16 Jahren vom Gesamteinkommen abgezogen werden.

Die Berechnung nach dem neuen Tarif läßt sich aber noch nicht durchführen, weil die Finanzämter die Arbeit nicht bewältigen können. Daher wird nach einer Verordnung vorläufig einfach die Steuer wieder erhoben, die der Steuerpflichtige im Jahre 1919 tatsächlich gezahlt hat. Später erhält der Steuerpflichtige einen Steuerzettel, der die alte Einkommensteuer nach den neuen Sätzen des Reichseinkommensteuergesetzes umrechnet. Die endgültige Regelung der Steuer für das Jahr 1920 erfolgt erst im Jahre 1921, dabei werden die im Jahre 1920 gezahlten Steuerbeträge als Abschlagszahlung angerechnet.

Bei der Bezahlung der vorläufigen Steuer werden drei Arten von Steuerpflichtigen unterschieden:

1. Bei Steuerpflichtigen, deren Einkommen nach Vermutung der zuständigen Stelle sich im letzten Jahre wesentlich erhöht hat, die also eine beträchtlich höhere Steuer zu entrichten haben, als sie bisher an Staats- und Gemeinde-Einkommensteuer zu bezahlen hatten, soll das zuständige Finanzamt sofort den in § 53 des neuen Reichseinkommensteuergesetzes vorgesehenen vorläufigen Steuerbefehl (auf Grund der letztjährigen Landesveranlagung, jedoch nach den neuen Tariffätzen) erteilen. Diese Kategorie von Steuerpflichtigen erhält eine Zustellung, in der die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer allförmlich angegeben ist.

2. Alle übrigen Steuerpflichtigen haben lediglich die im Vorjahr entrichtete Staats- und Gemeindeeinkommensteuer zusätzlich der Zuschläge der Gemeindeverbände weiter zu entrichten. Auch sie erhalten ein entsprechendes Anforderungsschreiben des Finanzamtes, in dem ihnen bis zur endgültigen Veranlagung die Zahlung des seither geschuldeten Einkommensteuerbetrags auferlegt wird.

3. Steuerpflichtige, bei denen auf Grund des § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes die Steuerentrichtung in der Form des zehnprozentigen Abzuges vom Lohn erfolgt (Arbeiter, Angestellte, Kellner usw.) erhalten eine solche Aufforderung zur vorläufigen Weiterentrichtung der bisherigen Einkommensteuer nur dann, wenn sie voraussichtlich für das Jahr 1920 mehr Steuern bezahlen müssen, als der Gehalts- oder Lohnabzug ausmacht.

Vom 25. Juni ab sind alle Unternehmer verpflichtet, 10 Prozent des Arbeitslohns als vorläufige Einkommensteuer einzubehalten und für diesen Betrag Steuermarken in die Steuerkarten des Arbeitnehmers zu kleben. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörden ihres Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich. Die Steuerkarten sind bei den Postämtern zu erhalten.

In einem Sturmangriff auf die Kommunalisierung des Fleischergewerbes

hätte der gelbe Fleischergehilfenbund die Gesellen und Meister am Mittwochabend nach dem Sagnsoul eingeladen. In Scharen waren insbesondere die Arbeiter erschienen, und sie hatten meist gleich ihre fast durchweg wohlhabenden Gattinnen mitgebracht, die helfen sollten, den Kommunalisierungsgedanken totzuschlagen. Den Vertreter der Volkszeitung wollte man um den Genuß des Schaustückes bringen; man verweigerte ihm den Zutritt, erst als er die Herrschaften fragte, ob sie „denn Angst vor der Leipziger Volkszeitung“ hätten, ließ man ihn in den Saal.

Es war eine öffentliche Versammlung für das Fleischergewerbe, und die Mitglieder des Zentralverbandes der Fleischergehilfen waren zu ihr eingeladen worden, als sie aber bei Eröffnung das Wort zur Geschäftsordnung erbaten, um zu beantragen, schon nach dem ersten Redner — es waren zwei Referenten vorgelesen — die Debatte zuzulassen, wurde es ihnen nicht gegeben. Man drohte sie aus dem Saale zu weisen, und es fielen Zwischenrufe: „Haut doch die Lauselungen aus dem Saal!“, „Haltet die Schnauze“, die „Frei!“ Der Leiter der Versammlung wandte sich nicht etwa gegen diese Zwischenrufe, sondern er ersuchte die Mitglieder des Zentralverbandes — den parlamentarischen Anstand zu wahren und nicht das Wort zur Geschäftsordnung zu verlangen.

Natürlich gingen die Wogen der Erregung hoch, und sie legten sich erst, als den Mitgliedern des Zentralverbandes zugestanden

wurde, nach dem ersten Redner zu Wort zu kommen. Der Referent, Herr Görges, ein Mitglied des gelben Geheulbundes, sprach ganz wie ein Unternehmer. Die Meister waren denn auch erstickt von ihm. Besser hätte keiner von ihnen die Unternehmerinteressen vertreten können. Er kritisierte den Gesellenwurf über die künftige Gestaltung der Fleischversorgung, die Zwangswirtschaft, die ja von den Imperialisten zur Verlängerung des Krieges eingerichtet wurde, und bei der vor allem die Produzenten und Händlerinteressen gewahrt worden sind. Der Redner brachte dann die alten Vadenhülzer gegen die Kommunalisierung hervor, besprach die „Schattenseiten“ des Großbetriebs und defamierte unter großem Beifall der Schlächtermesser und Schlächtermeisterfrauen, daß das — Wohl des Volkes höher stehen müßte als alle logikalischen Theorien. Herr Görges forderte Abbau der Zwangswirtschaft, freien Handel und Erhaltung des Kleingewerbes, denn die Gesellen wollten es auch bis zum Meister bringen. Deshalb sind die Gelben für die Erhaltung der Kleinbetriebe. Sie übersehen dabei nur, daß die wirtschaftliche Entwicklung diesen Betrieben das Gros schaufelt, daß es der Kapitalismus ist, der sie langsam zugrunde richtet, und die Entwicklung geht nicht zum Kapitalismus, sondern zum Sozialismus, der die Wirtschaft auf eine höhere Stufe bringt. Es gibt kein Zurück, sondern nur ein Vorwärts und ein Aufwärts. Spahsthaft ist es übrigens, daß diese Vertreter des Klein-gewerbes ihre Angehörigen auffordern, am 6. Juni die rechtstehende deutsche Volkspartei, also die Partei der Schwerindustrie, der Großkapitalisten, der Bankgewaltigen, zu wählen. Können diese unumschränkt herrschen, bekommt der Großkapitalismus völlig freie Bahn, so wird der Klein-gewerbende erst recht schnell ruiniert und ist der Sozialismus nicht sein Retter.

An die Frauen

richteten die bürgerlichen Parteien die Aufforderung, bürgerlich zu wählen.

Die bürgerlichen Parteien haben jahrelang die Milliarden deutschen Geldes für Kriegergewerke verschwendet, den Krieg vorbereitet und die Arbeiterklasse, insbesondere die Frauen, in Not und Elend gelassen.

Die bürgerlichen Parteien haben den Krieg verschuldet, sie haben den Krieg verlängert, um fremde Vandalen zu erobern.

Ihr Frauen, die ihr eure Lieben im Kriege verloren habt, die ihr jetzt als Witwen mit schmalen Renten abgeben werdet und hungern müßt, denkt daran, daß ihr den ganzen Jammer den bürgerlichen Parteien zu verdanken habt.

Die bürgerlichen Parteien haben die ungeheure Mißwirtschaft im Kriege geduldet, weil die Besiegten sich ungemein bereichern konnten.

Die bürgerlichen Parteien sind schuld an dem Rieseneind

nach dem Kriege, weil sie die kapitalistische Wirtschaft aufrecht erhalten wollen und sich der Sozialisierung widersetzen.

Die bürgerlichen Parteien sind nur für die Wohlhabenden eingetreten; auf die Arbeiterklasse haben sie die Lasten abgewälzt.

Die bürgerlichen Parteien haben den Frauen keine die notwendigen politischen Rechte verweigert.

Kein Wahlrecht sollten die Frauen haben. Unter der Vormundschaft des Mannes sollten sie stehen.

Die Frau ist heute noch rechtlich in zahlreichen Fällen mit dem Manne nicht gleichgestellt.

Die Arbeiterfrau erhält recht niedrige Löhne. Sie wird noch mehr ausgebeutet

als der Mann. Und damit sind alle bürgerlichen Parteien einverstanden. Das finden sie ganz in der Ordnung.

Frauen! Und diese Parteien sollt ihr wählen! Ihr könnt am 6. Juni nur die Unabhängige Sozialdemokratie wählen.

Sie allein kämpft für euch, für eure Befreiung aus Elend und Knechtschaft.

Stimmt einmütig für die Liste der U. S. P. D.

so geht er zugrunde. Ob die Kleingewerbetreibenden daran denken?

Nach dem ersten Redner mühten die Mitglieder des Zentralverbandes der Fleischer ihrem Redner, dem Genossen Urban, erst mühsam das Wort erkämpfen, denn man wollte den zweiten Referenten durchaus zuerst sprechen lassen. Es wurde dem Genossen Urban aber nur eine halbstündige Redezeit genehmigt. Er ging auf die Kommunalisierung des Fleischerbetriebs ein und schilderte, wie gerade der freie Handel dem Kleingewerbetreibenden die Existenz untergrabe. Die Zwangswirtschaft solle in der heutigen Form nicht aufrechterhalten werden. Es solle die zweckmäßigste Produktions- und Verteilungsform kommen, und das sei die sozialistische Wirtschaftsweise, die die Produktion auf die technisch höchste Stufe bringe und die Verteilung vereinfache. Der Zwischenhandel müsse völlig ausgeschaltet und die Verteilung müßte auf größerer Grundlage vorgenommen werden. Dadurch allein würde das Wohl der arbeitenden Bevölkerung gefördert. Man schimpfe wohl auf die Zwangswirtschaft, aber sie habe für die Erhaltung der Fleischerbetriebe gezeigt. Bemächtigte sich das Großkapital des Handels, so sei es barm mit den Kleinbetrieben.

Nach diesem Redner kam der Vorsitzende der Gelben zum Wort, der sich in wüsten persönlichen Angriffen erging, weil er sachliche Gründe gegen die Kommunalisierung nicht anzuführen wußte. Natürlich erntete er dabei den Beifall aller reichlichen Elemente. Nach Annahme einer Entschließung wurde die Versammlung geschlossen. Inzwischen geht die Entwicklung ihren Gang, und sie wird vor den Fleischerbetrieben nicht halt machen. Die Kommunalisierung kommt, weil sie wirtschaftlich unbedingt notwendig ist.

Ratsbeschlüsse.

Betriebsbeschränkung bei der Straßenbahn. Am den bei der Straßenbahn zu erwartenden hohen Fehlbetrag herabzumindern, wurde beschlossen, einige Betriebsbeschränkungen, insbesondere durch Einziehung der am wenigsten benutzten Linien 7, 30 und 13 einzutreten zu lassen. Bei dieser Betriebsbeschränkung würden etwa 400 Köpfe des Straßenbahnpersonals entbehrlich werden und entlassen werden müssen. Zur Vermeidung von Entlassungen soll jedoch die Arbeit bergestellt gestellt werden, daß das gesamte Straßenbahnpersonal wöchentlich eine entsprechende Anzahl Stunden weniger arbeitet.

Erhöhung der städtischen Steuern. Nach dem Entwurf des Haushaltsplanes für 1920/21 ist mit einem außerordentlich hohen Fehlbetrag zu rechnen, der durch die steuerlichen Zusätzungen des Reiches nicht entfernt gedeckt wird. Eine weitere bedeutende Belastung bringt die Besoldungsreform. Da Zuschläge zur Reichseinkommensteuer nicht erhoben werden dürfen, muß notwendigerweise Deckung durch zusätzliche neue Steuern gesucht werden. Es wurde deshalb beschlossen, die für Leipzig geltenden Sätze der Karten- und Luxussteuer um 100 Prozent, für Radverkehr um 100 Prozent und für Pferdebesitzer um 300 Prozent zu erhöhen. Weiter sollen auch die Sätze der Miet- und Pachtwertsteuer entsprechend der Geldentwertung stufenmäßig gesteigert werden, daß sie von 2 Prozent bei einem Miet- und Pachtwert von 500 M. bis zu 10 Prozent bei 8500 M. Mietwert steigen. Die beschlossenen Erhöhungen bedingen eine Aenderung der Steuerordnung für die Stadt Leipzig. Den vorliegenden Entwürfen der Nachträge zu dieser wurde zugestimmt. Zustimmung der Stadtverordneten und Genehmigung des Ministeriums des Innern ist einzuholen.

Neue 50-Pfg.-Scheine. Beschlossen wurde, einen Neudruck von 50-Pfg.-Scheinen herzustellen zu lassen als Ersatz für die als unbrauchbar eingezogenen Gutscheine nach einem Muster, das aus einem Wettbewerb in der hiesigen Akademie für graphische Künste hervorgegangen ist. Die für Herstellung von 2 Millionen Stück solcher Scheine erforderlichen Mittel nebst den Kosten für den Wettbewerb in Höhe von insgesamt 40 300 M. werden bewilligt. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Straßenbau. Die Straße XII zwischen Kaiser-Friedrich- und Kanastraße in L.-Gohlis beschloß man zur Erinnerung an Ingenieur Blochmann, den Erbauer der ersten Gasanstalt in Leipzig, Blochmannstraße zu nennen.

Reichsminister Koch

hielt am Mittwochabend im Zentraltheater eine Wahlrede für die Demokraten. Wie die zahlreichen Flugblätter am Eingang nach allen Seiten: den Arbeitern, den Handwerkern, den Beamten, den Frauen und sonst noch jedermann alles Mögliche versprochen, so hielt sich auch der Minister in seiner Rede auf der bewährten mittleren Linie. Von dem Stahlbade des Krieges war nichts mehr zu vernennen. Dagegen bezeichnete der Minister als die Ursache aller Schicksalsschläge, daß wir durch die Entbehrungen des Krieges innerlich so sehr heruntergekommen seien. Das deutsche Volk gleiche einer Kriegserwitte, die plötzlich und unvorbereitet die Geschäfte ihres Vaters übernehmen müsse. — Die auswärtige Politik sei so niederbrütend, daß er angesichts der ungeheuren Verschimpfung durch die Sieger sein Amt am liebsten niedergelegt hätte. Aber wer soll es denn machen? — Rapp habe den Vertretern der Entente versichert, daß er den Friedensvertrag in allen Punkten halten werde und gleichfalls habe er den Vertretern des Willkürs versprochen, sich dem Willen des Heeres zu widersetzen. Desfisch wünschte, daß der Vertrag den Siegern vorher vor die Füße geworfen werde. „Glauben Sie, wenn wir Sieger gewesen wären, daß wir uns solche Mühen hätten gefallen lassen? Mit der Weste ist es nicht getan!“ rief der Minister seinen Zwischenrufern zu. — Die Verfassung sei nicht eine Konzeption an die Revolution, sondern der beste Schutzwall gegen den Ansturm der Arbeiterklasse. Die Aufgabe der innern Politik sei es, die ruhigen und besonnenen Arbeiter verfassungstreu zu erhalten. Der Zwangswirtschaft seien durch die Heeresaufrüchte des alten Systems erst die großen Vorteile in den Schoß geworfen worden. Als der Kaputtminister Schiele die Zwangswirtschaft aufgehoben, habe sich der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Reichsere von Wangenheim, sofort dagegen gestellt. Die Zwangswirtschaft müsse allmählich abgebaut, dürfe aber nicht gegen die Sozialisierung eingetauscht werden. Die unendliche Sorgfalt der selbständigen Unternehmers könne durch keine Bureaucratie ersetzt werden. Die Arbeiterklasse könne nicht mehr durch Hunger und Peitsche, sondern nur durch eine ruhige, sichere Allseitigkeit geleitet werden. Die Schlichtungsordnung müsse den unwilligen Streiks ein Ende machen. Es könne alles darauf an, die Kluft zwischen den einzelnen Klassen zu überbrücken. Es sei ein Ruhmesdiadem der Demokraten, den Reichsstarren ein kleines Stück aus dem Dreck herausgerafft zu haben. Wenn der Herr Minister dadurch Drecksprüher erhalten habe, so betrachte er diese als Ehrenzeichen.

Zahlreiche Zwischenrufer machten ihrem bebrängten Herzen Luft, aber in der Aussprache traten Gegner nicht auf.

Die Arbeiterklasse weiß die sichere Abgrenzung durch die demokratischen Kapitalisten weit von sich. Sie ist davon überzeugt, daß nur die U.S.P. ihre Interessen vertritt und wird am Wahltag dementsprechend handeln.

Leuerungszahlen für Leipzig.

Die vom Statistischen Amt für die Stadt Leipzig berechnete sogenannte Leuerungszahl, d. h. der Mindestaufwand einer aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehenden Familie für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung in je 4 Wochen, betrug

Table with 2 columns: Date range and Amount in M. (804.78, 827.58, 838.59, 862.93)

Der für einzelne Rohstoffe und für einzelne im freien Handel erhältliche Auslandsnahrungsmittel inzwischen eingetretene Preisrückgang und -rückgang hat die Kosten der Lebenshaltung bisher nicht vermindert.

Die Leuerungszahl ist nach den im Heft 1 der Mitteilungen des Statistischen Amtes (Dr. Lüdtorf, Preise und Kosten der Lebenshaltung unter besonderer Berücksichtigung Leipzigs) Jurgelegten Grunddaten der Reichsstatistik und unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände berechnet.

Die Außerpeisung an Schulkindern soll ein Liebeswerk sein. Wenn Liebe bringt man aber der Zubereitung des Essens entgegen, wie die vielen Klagen der Kinder vermuten lassen. Gelbe Erbsen und weiße Bohnen sind noch vollständig hart, so daß darmlinke oder Kinder mit schwachem Magen ebenfalls Beschwerden gewärtig sein müssen. Wenn sich die Kinder über das harte Essen beschwerten, so gibt es vom auffachförenden Lehrer gewöhnlich dumme Antworten, wie am 2. Juni in der 48. Volksschule in Schleußig: „Wenn's Euch nicht paßt, dann bekommen's andere“ äußerte ein Lehrer. Jedemfalls muß und kann verlangt werden, daß die verabreichten Speisen in verdaulichem Zustande abzugeben werden. Oder besorgt man hierin vielleicht einen besonderen Plan, um für irgend jemand billiges Schweinefutter zu liefern? An den Lehrern, die die Aufsicht führen, müßte es liegen, bei hartem oder wässrigem Essen sofort an auktändiger Stelle vorstellig zu werden. O.P.



### Metallarbeiter Verband

**Baulempner.** Freitag, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus, Gartenplatz. Tagesordnung: Bericht der Tarifkommission. Das Erscheinen aller erwartet. Die Brannkeilung.

**Die Bibliothek** steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung; und können Bücher laufend der Durchsicht entliehen werden.

**Frankenstunden** müssen gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

### Bandoneon-Vereine Leipzig-West (U. S. P.)

wollen sich Freitag, den 4. Juni, abends 7/8 Uhr, in den **Westendhallen (Nebensaal)** zu einer Besprechung einfinden.

### Prima Kernleder

im Auschnitt und im Ganzen, wie auch sämtliche **Schuh-Zubehöriteile** sowie die neueste Fäbren in **Herren-, Damen- u. Kinderleisten** preiswert zu haben bei **C. Migdin, Hauptgesch.: Leipzig, Tauchaer Str. 46** Filialen: Sell., Wurzn. Str. 11; Schm., Breslauer Str. 44.

### Zahn-Praxis-Gröfzung!

## Paul Sindstädt

Dentist

Fürstenstraße 4, II (am Flohplatz)

empfehl ich für allen modernen Zahn-erfolg, Plomben, Zahnziehen usw. bei solider Ausführung und mäßigen Preisen.

Sprechzeit: 1/10 bis 1 und 2 bis 1/2 Uhr.  
Sonntags: 10 bis 1 Uhr.

### Wähler aller Art

halten die Leser unserer Zeitung vor teilhaftig durch unsere Buchhandlung. Wenn gewünscht nicht auf Lager ist, wird es schnellstens besorgt. Die Füllungen und die Auslieferung der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen. Freyer **Zeitschriften** regelmäßig, logisch nach Erscheinen, angestellt. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Vierteljahres die Neueinstellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Vierteljahres von uns rechtzeitig ausgeliefert werden können.

**Leipziger Buchdruckerei**  
**Artilleriegesellschaft**  
**Hötel Buchhandlung**  
Hauptgeschäft:  
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Filialen:  
Volkshaus Leipzig, Seiberstr. 19  
Leipzig-Alt, Elisabethstraße 19  
Lindenberg, Obermannstr. 1  
Pflaß, Weichenfeller Str. 2  
Kleinböcker, Diefenbacher Str. 2  
Schönefeld, Leipziger Str. 2  
Lindenberg, Reichenbachstr. 2  
Stützerin, Ferd.-Joh.-Str. 2  
L. Connewitz, Formalische Str. 2  
Schöps, Lindenbalken Str. 2  
Guthaus, Magdalenenstr. 2  
Guthaus, Magdalenenstr. 2  
Guthaus, Magdalenenstr. 2  
Guthaus, Magdalenenstr. 2

### Lichtspiele & Silberhallen

Krystall-Palast  
Ab morgen Freitag, den 4. Juni  
Grosses sensationelles Doppel-Programm

## Ikarus

### der fliegende Mensch

oder  
Die sensationellen Abenteuer einer Geheimagentin  
in 6 spannenden Akten  
sowie der übrige reichhaltige Spielplan  
Anfang: Wochentags 7/4 Uhr  
Sonntags 3 Uhr  
Bis 7 Uhr: **Jugend-Vorstellung.**

### Johann Gottfried Seume

Ein literarisches Porträt  
ausgewählte Werke Seumes  
Veranschaulicht u. eingeleitet  
von **Wilhelm Hausenstein.**  
Preis geb. 7.00, brosch. 6.00.  
Leipziger Buchdruckerei A. G.  
Abteilung Buchhandlung  
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.  
Preiskonto Nr. 53477.  
Die Herausgeber und Filialen  
der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

### Licht-UT-Spiele

Ab Freitag Erstaufführung  
des mit grosser Spannung erwarteten  
Esther-Carena-Monumental-Films

## Der Schrei des Gewissens

in 6 kolossalen Akten.  
Ein erschütterndes Liebespiel  
aus der grossen Welt.

Dazu ein präkündendes  
**Lustspiel**  
in 3 Akten.

Irre-19  
Im Herzen der Stadt

### Sommerfest

u. Jonglieren, Regel- u. Schieb-  
spiele, Bunterkaspern, Feuer-  
werk, Bärenschauen etc.

## Sombolas

Besteht am reichhaltigen  
**Ringmeyer Leipzig**  
Telephon 19 245. Ständige  
Musterausstellungen.

### Astoria

Windmühlenstraße 31  
Fernruf 18 195/96

Ab Freitag, den 4. Juni: Erstaufführung!  
Das erste deutsche Werk  
**Frisch Reuters:**

## Ut mine Stromtid

Schauspiel in 1 Vorpiel und 6 Akten.

Die verblüffende Neuheit!  
**„Der Film für Alle“**  
(Die Nebenbühler).  
Bei diesem Film wird die Handlung bestimmt  
durch das Publikum.

Heute letzter Tag: **Maria Magdalena.**

### Univerzum

Kohlpfah 8  
(Café Bauer)  
Fernruf 18 195/96

Ab Freitag, den 4. Juni: Erstaufführung!  
**Das große Licht**

Monumentalfilm in 1 Vorpiel und 6 Akten  
nach dem gleichnamigen Drama von Felix Philipp  
mit  
**Emil Jennings - Kurt Bepfermann.**  
Heute letzter Tag: **Albert Bepfermann.**

### Colosseum

Kohlpfah 12-13  
Fernruf 18 195/96

Ab Freitag, den 4. Juni: Erstaufführung!  
**Die sterbende Salome**  
Sensationelles Künstlerdrama in 4 Akten.  
Heute letzter Tag: **Joe Deeb.**

### Vindensfels

Karl-Heine-Straße 60  
Fernruf 18 195/96

Ab Freitag, den 4. Juni:  
**Maria Magdalena.**

### Wintergarten

Eisenbahnstraße 56  
Fernruf 18 195/96

Ab Freitag, den 4. Juni:  
**Der Ritualmord.**

## Kleiner Anzeiger

### Arbeitsmarkt

Junge Männer u. Mädchen  
in gr. Fabr.-Betrieb erb. hoch.  
Lebensverdienst. Abw. - u. u. u.  
V. 16 Hl. b. W., Seiberstr. 32.

### Straßenbändler gel.

Blagwib, Preibitzer, 2. H. r.  
Jg. Mädchen als Aufwart.  
für vormittags gesucht.  
Sellers, Engelmannstr. 7, III. r.

### Verkäufe

**Fett, Wb. 23 Ml.**  
Vollm., Kabet 34, Laden.

**Rauchtobak**  
ca. 100 Gramm Mk. 4.50  
Zigarren-Geschäft Esterstr. 3.

### Brennholz billig

Scholz in Alben, Str. 18.50  
Kleier 14.50  
Werner, Leipzig-Gohlis,  
Möckernische Straße 27.

### Schuhwaren

solid u. elegant kauf. Sie bei  
**Christian Eichel,**  
Kleinböcker, Diefenbacher Str. 11.  
Eigen. Reparaturwerkstatt.

### Lebergarnamen

schwarz u. braun  
Hd., Frommannstr. 12, Laden.

### Schuhwaren

solid u. elegant kauf. Sie bei  
**Christian Eichel,**  
Kleinböcker, Diefenbacher Str. 11.  
Eigen. Reparaturwerkstatt.

### Schuhwaren

solid u. elegant kauf. Sie bei  
**Christian Eichel,**  
Kleinböcker, Diefenbacher Str. 11.  
Eigen. Reparaturwerkstatt.

### Schuhwaren

solid u. elegant kauf. Sie bei  
**Christian Eichel,**  
Kleinböcker, Diefenbacher Str. 11.  
Eigen. Reparaturwerkstatt.

### Schuhwaren

solid u. elegant kauf. Sie bei  
**Christian Eichel,**  
Kleinböcker, Diefenbacher Str. 11.  
Eigen. Reparaturwerkstatt.

### Schuhwaren

solid u. elegant kauf. Sie bei  
**Christian Eichel,**  
Kleinböcker, Diefenbacher Str. 11.  
Eigen. Reparaturwerkstatt.

### Schuhwaren

solid u. elegant kauf. Sie bei  
**Christian Eichel,**  
Kleinböcker, Diefenbacher Str. 11.  
Eigen. Reparaturwerkstatt.

### Schuhwaren

solid u. elegant kauf. Sie bei  
**Christian Eichel,**  
Kleinböcker, Diefenbacher Str. 11.  
Eigen. Reparaturwerkstatt.

### Schuhwaren

solid u. elegant kauf. Sie bei  
**Christian Eichel,**  
Kleinböcker, Diefenbacher Str. 11.  
Eigen. Reparaturwerkstatt.

### Böhse, Kaiser-Möbelbeschläge

Tischler-Werkzeuge  
Sobellänke, Leinwand,  
Schuhmacher-Artikel  
Glasen.

### Küchenschrank

fast neu,  
mit 7. u. 8. Kanten, Kanten  
Steinweg 19, III. r. 3-7 Uhr.

### Reine Feinseife

Stück 4.—  
Doppelstück 9.—

### Reine Kernseife

Doppelstück 9.—

### Billige Lebensmittel

**Weisse Bohnen** . . . . . Pfund 1.90  
**Grüne Erbsen** . . . . . Pfund 2.50  
**Gelbe Erbsen** . . . . . Pfund 2.80  
**Apfelmus** 1-Pfund-Dose 2.60 2-Pfund-Dose 5.10  
**Neue Kartoffeln** . . . . . Pfund 1.15  
**Kaffee-Ersatz** . . . . . Pfund 1.90

Verkauf im 4. Stock

### Reine Feinseife

Stück 4.—  
Doppelstück 9.—

### Reine Kernseife

Doppelstück 9.—

### Billige Lebensmittel

**Weisse Bohnen** . . . . . Pfund 1.90  
**Grüne Erbsen** . . . . . Pfund 2.50  
**Gelbe Erbsen** . . . . . Pfund 2.80  
**Apfelmus** 1-Pfund-Dose 2.60 2-Pfund-Dose 5.10  
**Neue Kartoffeln** . . . . . Pfund 1.15  
**Kaffee-Ersatz** . . . . . Pfund 1.90

Verkauf im 4. Stock

### Reine Feinseife

Stück 4.—  
Doppelstück 9.—

### Reine Kernseife

Doppelstück 9.—

### Felle-Einkauf.

Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich nach wie vor  
Käufer sämtlicher Sorten roher Felle und Felle zu  
Lagerpressen. **Albin Wagner, Querstraße 27.**

### Fahrräder 1. Mark.

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Felle-Einkauf.

Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich nach wie vor  
Käufer sämtlicher Sorten roher Felle und Felle zu  
Lagerpressen. **Albin Wagner, Querstraße 27.**

### Fahrräder 1. Mark.

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Herren-Rad

neu u. wie neu vorgelegt,  
für Herren, Damen u. Kinder  
**Decken u. Schläuche**  
Kleinausw., allerbill. Pr.  
**Beyer**  
Steinweg

### Wohnungen

Wohnl. Zimmer, einfl.,  
Schlafz. u. d. Herrn, 2 B.  
Klein, Steinweg 21, vt. Klei.  
Wohnl. 3 Zimmer, 1.50 m. d.  
d. d. 25. C. v. Seiber Str.  
Wohnl. 2 Zimmer, 1.50 m. d.  
d. d. 25. C. v. Seiber Str.  
Wohnl. 2 Zimmer, 1.50 m. d.  
d. d. 25. C. v. Seiber Str.

Neues Theater.

Mittwochabend (Fernruf 1418).
Donnerstag, den 3. Juni 1920
Die Marquise von Arcis.
Schauspiel in 5 Akten nach Albert von Niro Sternheim.

Gasthof zum Reiter Leipzig-Döllitz.
Jeden Freitag ab 8 Uhr:
Grosser Elite-Ball.

Gasthof Neustadt. Grosser Ball.
Morgen Freitag 1/2 7 Uhr:

Westend-Hallen Morgens Freitag, ab 7 Uhr:
Großes Rosenfest
Ersklassiges Ball-Orchester
Tanz frei!

ALBERTGARTEN
Morgen ab 7 Uhr: Das beliebte Ballfest

Neuer Gasthof Gohlis.
Heute ab 6 Uhr: Großer öffentlicher BALL.

Gasthof Stünz Kamillen
Straßenbahn Nr. 8 und 8
Morgen Freitag, ab 1/2 7 Uhr
Erstes großes Rosenfest.

Pantheon
Dresdner Str. 30 Fernspr. 15987
Freitag u. Sonntag: Grosse Ball-Feste.

Schuhcreme
vortzügliche Wachsware in eleganten bedruckten Dosen
Lieferung preiswert Julius Lewin & Co., Fabrik chem.
Produkte, Leipzig, Bayerische Strasse 9. Fernspr. 1599.

Kakao
echt holländisch, gar. rein, per Pfd. 24.- Mk.
Schokolade, Bonbons, Pralinen.
Nährmittelfabrikation „Heros“
Tel. 4500 Hugo Kippermann Tel. 4500
Leipzig, Kuchengartenstr. 16. (Kein Laden.)
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Grosshandelsurlaubnis vom 8. August 1916.

Endlich ist er da!!!
Der mit großer Spannung

Heute zum 1. Male!
erwartete Original-Roman!
Nicht zu verwechseln mit einem ähnlich klingenden Titel, welcher nichts mit dieser Original-Vorführung zu tun hat.

Das Mädchen aus der Ackerstraße

Sitten-Drama aus Groß-Berlin.
Bearbeitet nach dem gleichnamigen Roman des bekannten Leipziger Schriftstellers Ernst Friedrich.
Ein erschütterndes Zeitbild von Kultur und Unkultur.
6 Akte. In der Hauptrolle: 6 Akte.
Reinhold Schünzel
Lilly Flohr.

Eine Großstadtextistenz zieht an uns vorüber. Filmbilder aus den Kellerwohnungen Groß-Berlins, die alle Gefühle menschlichen Empfindens aufwirbeln. Ein Film, der soziale Fragen in künstlerischer Eigenart behandelt und zum Nachdenken anregt. Jede einzelne Type ein Mensch aus Fleisch und Blut. Die Geschehnisse im Film dem harten Leben abgelauscht und künstlerisch gestaltet, ein Einzelschicksal, das jedem einzelnen eines Lebens dunkles Geschehen und tragische Verkettung zeigt.

Alleiniges Erstaufführungsrecht:
Kammer-Lichtspiele
Windmühlenstr. 7 — Am Königsplatz

Alles Theater.
Mittwochabend (Fernruf 1418)
Donnerstag, den 3. Juni 1920
Die fünf Frankfurter.
Schauspiel in 5 Akten von Carl Hübner.

Neues Operetten-Theater.
Die Operetten-Schauspielhaus.
Donnerstag, den 3. Juni 1920
Die Pfarrhauskomödie.

Gasthof Stünz Kamillen
Schauspiel in 5 Akten nach Albert von Niro Sternheim.

Leipziger Volksbühne.
Donnerstag, den 3. Juni 1920
Die Pfarrhauskomödie.

Leipziger Volksbühne.
Freitag, den 4. Juni, nachmittags 1/2 3 Uhr
Vorstellung: d. Besatzungsverb. 2. Band. (Kein Kartenverf.)

Leipziger Volksbühne.
Schauspiel in 5 Akten nach Albert von Niro Sternheim.

Theater in der Silberstraße (Kammerspiele)
Donnerstag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr
Der reizende Adrian.

Wünsch's Marionettentheater
Mittwochabend (Fernruf 1418)
Donnerstag, den 3. Juni 1920
Die roten Guldbühnen haben bis zum 18. Juni Gültigkeit.

Krystall-Palast
Täglich abends 1/2 8 Uhr:
Gastspiel
Curt Olfers Operetten-Gesellschaft
in der neuen Operette!
Der Puszt-Kavalier
Operette in 3 Akten von K. von Bakony.

Drei Linden
Täglich abends 1/2 8 Uhr:
Der Riesen-Varieté-Spielplan
der wirkliche Erfolg der Saison!
Paul Förster Deutschlands bester Improvisator
Jean Clermont in sein. Zirkusparod. Erbarmen und Belleid
Mae Ture der beste komische Jongleur
Lina Panitzer die bekannte Drahtseilkünstlerin
Orig. Schichtl-Royal-Marionetten die amerikan. Puppenspieler
Die Amoretten Darst. leb. Porzellane
Heinr. Kohlbrandt der Köllsche Tünnes
Hansi Holden die fische Jodlerin
2 Jährings das bekannte Tanzpaar
Arno-Balda Stimmphänomen
Max Philipp der musikal. Komiker

Morgen Freitag ab 7 Uhr
Tanz-Palast Papiermühle
der II. Tag Damen-Ball

Goldner Helm
Jeden Freitag ab 6 Uhr:
Die beliebten Ball-Feste.

Ballenberg
Variate. Theater.
Abends 7,30 Uhr
Verlängertes Gastspiel
Blatzheim
Auf vielseitiges Verlangen
Der müde Theodor.

Königs-Pavillon
Promenadenstr. 8. Fernruf 19271.

Ab morgen Freitag
In Uraufführung von
5 Marquis Fun 5
Die
Akte Tragödie eines gelben Manns Akte
oder
Im Opium-Rausch.
Ferner:
Erika Glässner
in
Halbe Unschuld
Sensationelles Tendenz-Drama nach dem ebenso bekannten wie spannenden Pariser Sitten-Roman von Marcel Prévost
Halb-Jungfern
Heute letzter Tag von Bruno Kastner und Manja Tzischewa in „Konkurrenz-kampf“ und „Nass“

Kasino-Lichtspiele
Neumarkt. Fernruf 19950.

Morgen Freitag: Erstaufführung
von
Ich klage an
Die erschütternde Lebens-Tragödie einer gewissenlos Verführten und Verlassenen
5 Akte
Komtesse Olly zieht die Hosen an
Original-Lustspiel in 3 Akten
Heute letzter Tag:
Lotte Neumann in Der Pierrot und Mady Christians in Nacht des Grauens

Welt-Theater
Barfussgasse (Am Markt) Fernruf 4870.

Ab morgen Freitag:
Max Landa und Hanni Weiße
in dem 4aktigen Detektivdrama
Grand Hotel Babylon
Ferner:
Not und Verbrechen
4 Akte.
Heute letzter Tag:
Stuart Webbs in: Die geheimnisvolle Villa.